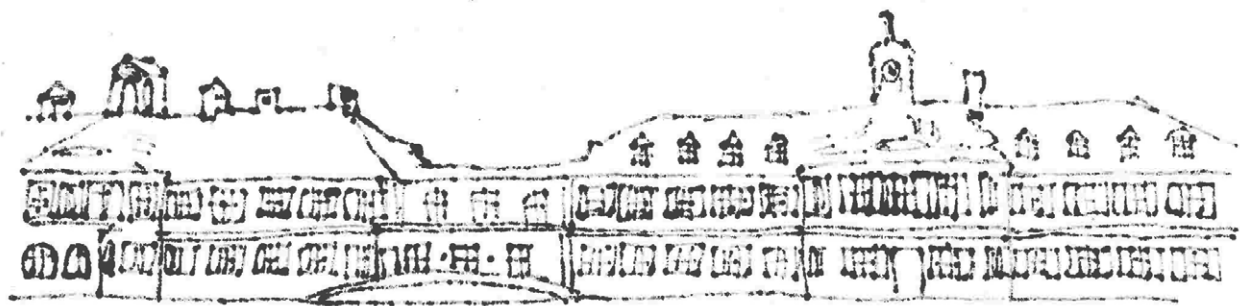




# Antworten auf die Herausforderungen 2016

40. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth  
vom 6. bis 8. Januar 2016

**CSU**  
LANDESGRUPPE  
IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



# Antworten auf die Herausforderungen 2016

40. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth  
vom 6. bis 8. Januar 2016



# Inhalt

4	Vorwort der CSU-Landesgruppen- vorsitzenden Gerda Hasselfeldt	24	Beschluss: Integration – Miteinander und nicht nebeneinander
8	Horst Seehofer: „Wir brauchen die Begrenzung der Zuwanderung“	30	Beschluss: Für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen
10	Angela Merkel: „Zahl der Flüchtlinge spürbar reduzieren“	38	Beschluss: Terrorismus wirksam bekämpfen
12	David Cameron: „Ich möchte die Zukunft Großbritanniens in einer reformierten EU sichern“	42	Beschluss: Europa gemeinsam gestalten
14	Peter Neumann: „Neue Qualität des Terrorismus erfordert ein nationales Konzept gegen Terrorismus“	48	Beschluss: Keine weiteren Experimente auf dem Arbeitsmarkt
16	Guido Wolf: „Eine starke Südschiene ist mir ein Herzensanliegen“	56	Beschluss: Freizügigkeit schützen – Armutsmigration verhindern
18	Frank-Jürgen Weise: „Rückstau 2016 schnell abarbeiten“	60	Beschluss: Mehr Verantwortung – Bundeswehr stärken
20	40 Jahre Klausurtagungen: Ein festlicher Abend der CSU- Landesgruppe	66	40 Jahre Klausurtagungen in Wildbad Kreuth – Ein historischer Rückblick
		72	Die 56 CSU-Abgeordneten der 18.Wahlperiode
		75	Impressum

Gerda Hasselfeldt

Vorwort der Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



liebe Leserinne,  
liebe Leser,

Die 40. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth stand im Zeichen internationaler Krisen, des islamistischen Terrorismus und nicht zuletzt des Flüchtlingszustroms. Diskutiert haben wir entsprechend über Außen- und Europapolitik, über Asyl- und Flüchtlingsfragen sowie die Innere Sicherheit.

Rückblickend kann ich sagen: 2015 war ein schwieriges Jahr. Aber zur Realität gehört auch, dass es seit Langem keine so gute Arbeitsmarktentwicklung gegeben hat. Dies haben wir der soliden Arbeit der Union und der von ihr geführten Bundesregierung zu verdanken.

Die Beschlüsse von Kreuth – nachzulesen ab S. 23 in dieser Broschüre – zeigen einmal mehr: Die CSU-Landesgruppe ist Antreiber und Taktgeber für die Koalition in Berlin. So, wie uns das bei den Klausurtagungen der vergangenen Jahrzehnte gelungen ist, fühlen wir uns dieser guten Tradition auch nach 40 Jahren verpflichtet. Viele unserer Forderungen

sind mittlerweile herrschende Meinung in der Koalition.

Fest steht: Wir müssen mit allen Mitteln an einer deutlichen Reduzierung und Begrenzung des Flüchtlingszustroms arbeiten. 2016 können nicht noch einmal so viele Menschen zu uns kommen wie im vergangenen Jahr. Da sind wir uns im Übrigen auch mit der Bundeskanzlerin einig, die in diesem Jahr – als erster deutscher Regierungschef überhaupt – in Kreuth unser Gast war. Und auch der britische Premierminister David Cameron, mit dem wir ebenfalls diskutiert haben, bestätigt uns in diesem Kurs.

Um den Flüchtlingszustrom effektiv und dauerhaft zu reduzieren, braucht es zahlreiche Maßnahmen auf europäischer und internationaler Ebene: den Schutz der EU-Außengrenzen, den Aufbau von Hotspots an den EU-Grenzen, in denen die Flüchtlinge registriert, aus denen sie europaweit verteilt oder auch in ihre Heimat zurückgeschickt werden,

die Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern, die Bekämpfung der Fluchtursachen und natürlich auch die Zusammenarbeit mit der Türkei. All diese Maßnahmen sind dringend erforderlich und müssen konsequent durchgesetzt werden. Wir unterstützen die Bundeskanzlerin auf diesem mühsamen Weg und fordern darüber hinaus ergänzende Maßnahmen wie eine bessere Kontrolle unserer nationalen Grenzen.

Wir sind davon überzeugt, dass die Bemühungen auf europäischer und internationaler Ebene nicht kurzfristig zum Erfolg führen werden. Deshalb sind nationale Maßnahmen zwingend nötig, die zügig zu einer Reduzierung der Zugangszahlen führen und die wir ohne komplizierte Einigung in Europa anpacken können. Zentral ist dabei der konsequentere Schutz der nationalen Grenzen. Wir fordern daher in unserem Beschluss „Für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen“, nur noch Flüchtlinge mit gültigen Ausweispapieren nach Deutschland einreisen

zu lassen. Alle anderen sollten bereits an der Grenze zurückgewiesen werden. Das würde einerseits konkrete Entlastung bringen, andererseits wäre es ein deutliches Signal: So wie bisher geht es nicht weiter. Schweden und andere skandinavische Länder gehen als Beispiel voran.

Außerdem ist uns wichtig, die Verfahren in Deutschland weiter zu straffen, Abschiebungen insbesondere von straffällig gewordenen Asylbewerbern zu erleichtern und Leistungen für Asylbewerber an konkrete Bedingungen zu knüpfen. So fordern wir, Leistungen für anerkannte Asylbewerber ohne eigenes Einkommen an eine Wohnortauflage zu koppeln. So könnte sichergestellt werden, dass Asylbewerber gerecht über die Republik verteilt bleiben und nicht nur in die Ballungszentren gehen. Diese Wohnsitzauflage wollen wir zügig schon in den kommenden Wochen umsetzen.

Unsere Klausur fand außerdem im Schatten der Ereignisse der Kölner Silvester-



nacht statt. Die Ereignisse stellen für uns einen Zivilisationsbruch dar. Wir verurteilen, dass Menschen – ganz gleich, ob sie schon länger hier leben oder erst kürzlich nach Deutschland gekommen sind – in diesem Ausmaß das Gastrecht missbrauchen. Die Täter müssen identifiziert und konsequent bestraft werden. Außerdem müssen strukturelle Konsequenzen bei der Polizei und den politisch Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen geprüft werden. Deshalb haben wir gesetzliche Änderungen auf den Weg gebracht – beispielsweise haben wir das Ausweisungsrecht angepasst. Köln zeigt: Es ist wichtiger denn je, deutlich zu machen, wie wir in Deutschland zusammenleben. Nach unseren Vorstellungen muss jeder, der zu uns kommt, eine individuelle Vereinbarung unterschreiben, in der die Grundregeln und Werte unseres Landes festgeschrieben sind. Wer gegen die Vereinbarung verstößt, muss mit Sanktionen rechnen, wer straffällig wird, verliert sein Schutzrecht und muss schnellstmöglich Deutschland verlassen.

In unserem Integrationsbeschluss „Integration – miteinander und nicht nebeneinander“ haben wir dies deutlich gemacht.

40 Jahre Klausurtagungen in Wildbad Kreuth – das sind bewegte und politisch fruchtbare Jahre für Bayern und für Deutschland. Die CSU-Landesgruppe schaut voll Stolz zurück und fühlt sich gleichzeitig dem Erbe dieser 40 Jahre verpflichtet, um weiterhin für Bayern und den Bund an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.



Vorsitzende der CSU-Landesgruppe  
im Deutschen Bundestag

Horst Seehofer

Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union (CSU) und bayerischer Ministerpräsident



# „Wir brauchen die Begrenzung der Zuwanderung“

„Unser Land steht prächtig da“, so der CSU-Parteivorsitzende Horst Seehofer in Kreuth. In allen Bereichen werde deutlich, dass es einen großen Unterschied macht, ob die Union regiert oder nicht. Bezüglich des Flüchtlingszustroms forderte er eine Wende: „Wir brauchen die Begrenzung der Zuwanderung.“ Anders könne weder die Sicherheit im Land gewährt noch die Frage nach der Integration erfolgreich gelöst werden. Dabei nannte er eine Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen pro Jahr, deren Integration leistbar sei. Bayern investiere hier wie kein anderes Land. „Wir wenden dafür 4,5 Milliarden Euro innerhalb von zwei Jahren auf. Das sind fast zehn Prozent unserer Haushaltsausgaben.“ Bayern schaffe dafür 5.500 zusätzliche Stellen, davon knapp 2.000 Lehrerstellen. Außerdem sei Bayern führend bei der Inneren Sicherheit. „Sie ist unsere Kernkompetenz. Wir rüsten unsere Polizei personell, sachlich und strukturell für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft“, so Seehofer entschlossen.

Er berichtete auch über das Rechtsgutachten des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Udo di Fabio. Gegenstand sei insbesondere die Frage, ob der Bund seinen Schutzpflichten nachkomme. Der Bund könne demnach – wie in den Schengen-Regeln vereinbart – die Grenzsicherung übertragen, bleibe dabei aber in der „Gewährleistungsverantwortung“, wenn die europäischen Mitgliedstaaten ihren Pflichten nicht nachkommen. Das Gutachten komme zu dem Ergebnis, dass eine „Rechtspflicht des Bundes“, bestehe, „darauf hinzuwirken, eine funktionsfähige, vertragsgemäße europäische Grenzsicherung (wieder)herzustellen und ein System kontrollierter Einwanderung mit gerechter Lastenverteilung zu erreichen“. Das Gutachten stelle fest, dass das Engagement des Bundes bisher noch unterschritten werde. „Ich bitte daher um eine gemeinsame Kraftanstrengung, um unsere Forderungen in Berlin durchzusetzen“.

Angela Merkel  
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und  
Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union (CDU)



## „Zahl der Flüchtlinge spürbar reduzieren“

„Natürlich ist es etwas ganz Besonderes, dass ich nicht nur die erste Bundeskanzlerin bin, sondern auch der erste Bundeskanzler, der zu einer Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kreuth eingeladen ist“, stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Ankunft in Wildbad Kreuth fest.

In diesem Jahr gehe es zum einen darum, so Merkel weiter, an die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und bei den öffentlichen Finanzen anzuknüpfen: „Wir dürfen keine Fehler machen, wenn es um die wirtschaftliche Stärke Deutschlands geht“, sagte die Kanzlerin vor allem im Hinblick auf die Innovationsfähigkeit unseres Landes.

Zum anderen gelte es, sich der angespannten außenpolitischen Situation zu stellen. Auf eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts zu drängen, sei ebenso wichtig, wie einen Friedensprozess in Syrien in Gang zu bringen. Das Bemühen um mehr Stabilität im Nahen und Mittleren Osten insgesamt gehe laut Merkel mit der Notwendigkeit einher, die Fluchtursachen zu bekämpfen, um so auch die Zahl der Flüchtlinge spürbar zu reduzieren.

Bei allen notwendigen nationalen Maßnahmen – zum Beispiel für eine schnellere Rückführung abgelehnter Asylbewerber – müsse außerdem immer auch im Blick behalten werden, dass die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union erhalten bleibe. Denn auf diesen – so die Kanzlerin vor Beginn der Beratungen in Kreuth – „Motor wirtschaftlicher Entwicklung und Prosperität“ sei kein anderes Land in Europa so sehr angewiesen wie Deutschland.

David Cameron

Premierminister des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und  
Vorsitzender der Conservative Party



## „Ich möchte die Zukunft Großbritanniens in einer reformierten EU sichern“

Für den britischen Premierminister war es bereits der zweite Besuch im bayerischen Wildbad Kreuth: Neun Jahre ist es her, dass er – damals noch als Oppositionsführer – als Gast bei der CSU-Landesgruppe sprach. Cameron betonte die gemeinsamen Grundüberzeugungen: Geld müsse erst einmal verdient werden, bevor man es ausgeben könne, Unternehmen müssten unterstützt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, die transatlantischen Beziehungen müssten gestärkt und der Terrorismus bekämpft werden. Er stellte seine vier Reformforderungen vor: Erstens: Garantien, dass Großbritannien und andere Nicht-Euroländer vollständigen Zugang zum EU-Binnenmarkt behalten. Zweitens: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Drittens: Das Ziel der „immer engeren Union“ aus den EU-Verträgen soll explizit nicht für Großbritannien gelten. Viertens: Nationale Parlamente sollen gestärkt werden. Er gab sich jedoch zuversichtlich, dass die Briten beim Volksentscheid für den Verbleib in der EU stimmen werden. „Mein Ziel ist klar. Ich möchte die Zukunft Großbritanniens in einer reformierten EU sichern“, so Cameron. Die Notwendigkeit eines Referendums erkläre sich daraus, dass Großbritannien in den letzten Jahren an den Rand der EU gedrängt wurde.

Zur Flüchtlingsfrage sagte der britische Premier, das Flüchtlingsproblem sei nicht durch Deutschland entstanden, sondern durch den Krieg in Syrien. Er unterstütze Deutschlands Vorschläge für internationale Maßnahmen wie Hot Spots oder eine bessere EU-Außengrenzsicherung voll und ganz. Die Flüchtlinge sollten gut behandelt werden, aber eben als Flüchtlinge, nicht als Immigranten.

Peter Neumann

Professor für Sicherheitsstudien am King's College London





# „Neue Qualität des Terrorismus erfordert ein nationales Konzept gegen Terrorismus“

Der Anschlag auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo im Januar 2015, kein Jahr später der Terror im Alltagsleben von Paris: Der dschihadistische Islamismus sei die politische Herausforderung für die kommende Generation, sagte Peter Neumann, Islamismusforscher am Londoner King's College in Kreuth.

Im Kampf gegen den Terrorismus gehe es letztlich um die Bewahrung der demokratischen Grundordnung, so Neumann vor den CSU-Bundestagsabgeordneten. Die aktuelle Form des Terrorismus habe sowohl eine neue Qualität, als auch Quantität und Intensität. Den sogenannten Islamischen Staat (IS) könne man beispielsweise nicht mit Al-Qaida oder der RAF der 1970er Jahre vergleichen. Denn der IS sei mehr als eine Terrorgruppe, ihm gehe es um eine neue Form von Staatlichkeit gepaart mit einer Utopie, die eine transnationale Strahlkraft habe. So berichtete er, dass nicht nur Männer als sogenannte Auslandskämpfer nach Syrien ziehen, sondern auch Frauen und Kinder, um dort die Utopie eines islamistischen Staates zu leben.

Es sei deshalb Auftrag der Politik, so der Terrorexperte, nicht nur in Einzelfällen nachzujustieren, sondern ein neues nationales Konzept gegen den Terrorismus zu entwickeln. Dreh- und Angelpunkt sei die Türkei, die derzeit ihre Grenzen zu Syrien und dem Irak nicht vollständig sichert. Hierdurch entstünde ein Rückzugsraum für den „Islamischen Staat“. Hier erhoffe er sich Änderungen durch die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei. Außerdem könne ein freizügiges Europa nur mit der vollständigen Vernetzung aller europäischen Geheimdienste gelingen.

Guido Wolf

Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg und  
Spitzenkandidat für die Landtagswahlen



## „Eine starke Südschiene ist mir ein Herzensanliegen“

Eine starke Südschiene zwischen Bayern und Baden-Württemberg sei auch ihm ein Herzensanliegen, denn die Interessen seien ähnlich, wenn auch nicht immer gleich, wie etwa beim Netzausbau, so Guido Wolf, Spitzenkandidat der CDU Baden-Württemberg. Diese Klausur sei für ihn bereits ein klares Signal, dass die Union mit einer Stimme spreche.

Drei Themen sind aus Wolfs Sicht entscheidend für die aktuelle Landtagswahl: die Bildungspolitik, die Verkehrspolitik und die Innere Sicherheit.

Erstens: Die Landesregierung habe die Gemeinschaftsschule in den letzten Jahren zur Regelschule gemacht. Hiermit seien viele Menschen im Land extrem unzufrieden, so Wolf, das wolle die CDU ändern. „Wir wollen wieder Differenzierung statt Gleichmacherei“.

Zweitens: Der grüne Verkehrsminister Herrmann sei im Land zur Reizfigur geworden, weil er die grüne Bevormundungspolitik wie kaum ein anderer verkörpere. Als Beispiel nannte er die von der Landesregierung geplanten Tempolimits auf Autobahnen.

Drittens: Eine Polizeireform sorge für viel Frust innerhalb der Polizei. „Wer Präsidien so zuschneide wie es geschehen ist, der hat das Land einfach nicht verstanden“, sagte Wolf. Für die Herausforderungen dieser Zeit – Flüchtlingswelle, Terrorgefahr und Einbruchskriminalität als Beispiele – müsse die Polizei besser ausgestattet werden.

Frank-Jürgen Weise  
Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und  
Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit



## „Rückstau 2016 schnell abarbeiten“

Er brauche das Vertrauen der Politik, so Frank-Jürgen Weise, Leiter des Bundesamtes für Flüchtlinge und Migration (BAMF), der gleichzeitig auch Chef der Bundesarbeitsagentur ist. Denn die Zustände in den Behörden seien nicht optimal. Aktuell gibt es in Deutschland noch 360.000 unbearbeitete Asylanträge. Das berichtete Frank-Jürgen Weise bei seinem Besuch auf der Klausurtagung. „In 2016 werden wir den Rückstau gut, sorgfältig und schnell bearbeiten“, ergänzte er. Dazu benötige man derzeit nicht mehr Personal als genehmigt wurde, stellte der Leiter des Bundesamtes klar. Mehr Personal könne man nicht einarbeiten, vielmehr gehe es darum, die Strukturen in den Behörden anzupassen. Das Erwerbspotential unter den Flüchtlingen sei hoch, so Weise. In den Herkunftsländern gebe es zwar keine duale Berufsausbildung, aber viele hätten Berufserfahrung. Die Bertelsmann-Stiftung habe da ein gutes System entwickelt, mit dem man – auch informelle – Teilqualifikationen herausfiltern könne. Im Moment scheitere eine schnelle Arbeitsaufnahme oft an der Sprache. Was offenbar gut funktioniere, sei die Selbständigkeit mit einem kleinen Gewerbe. Deshalb denke er darüber nach, die „Ich-AG“ als Idee wiederaufzugreifen.

Asylverfahren müssten schneller abgeschlossen werden, unterstrich auch Gerda Hasselfeldt. Dabei gehe es einerseits darum, abgelehnte Bewerber auch abzuschicken und andererseits Personen mit Bleiberecht zügig zu integrieren. Wichtig, so ergänzte Weise, sei im Falle der Integration eine enge Zusammenarbeit zwischen BAMF und der Bundesarbeitsagentur. Denn 70 Prozent der Bleibeberechtigten seien langfristig erwerbsfähig. Die gelte es, in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

# 40 Jahre Klausurtagungen: Ein festlicher Abend der CSU-Landesgruppe





40 Jahre Klausurtagungen der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth – für die CSU-Landesgruppe ein Grund zum Feiern. Auf Einladung der Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt kamen auch zahlreiche ehemalige Abgeordnete und Journalisten zum festlichen Abend nach Wildbad Kreuth. In ihren Reden erinnerten Gerda Hasselfeldt und der Parteivorsitzende Horst Seehofer an die bewegte Geschichte der CSU-Landesgruppe in den vergangenen 40 Jahren.

Bei einer Talkrunde, moderiert vom TV-Journalisten Ekkehard Mayr-Bülow, kamen die ehemaligen Landesgruppenvorsitzenden Wolfgang Bötsch, Theo Waigel und Michael Glos zu Wort. Mit vielen Anekdoten und persönlichen Erinnerungen ließen sie die Bonner Republik, die Ära Strauß und die Neuerungen der Berliner Zeit lebendig werden.

Wolfgang Krebs präsentierte bei seiner kabarettistischen Einlage, verkleidet als Horst Seehofer und Edmund Stoiber, seinen ganz speziellen humorvollen Blick auf die CSU-Geschichte Kreuths.





Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag  
40. Klausurtagung in Wildbad Kreuth  
6. bis 8. Januar 2016

## Die Beschlüsse im Einzelnen



# Beschluss: Integration – Miteinander und nicht nebeneinander

Jeden Tag kommen tausende Menschen nach Deutschland; viele von ihnen, um auf Dauer in Deutschland zu bleiben. Sie kommen als Fachkräfte, Studenten, Flüchtlinge, Asylbewerber oder im Wege des Familiennachzugs. Sie lernen unsere Hilfs- und Aufnahmebereitschaft sowie unsere Leitkultur kennen.

Viele der Migranten finden sich aufgrund ihres Umfelds, ihrer Vorkenntnisse und ihrer Einstellung ohne größere Probleme zurecht. Integration fällt ihnen leicht. Sie lernen Deutschlands Werte, Institutionen, Kultur und Sprache kennen und lieben. Sie werden schnell Teil unserer Gesellschaft.

Andere hingegen müssen die deutsche Sprache erst lernen, kommen aus anderen Kulturkreisen oder mit anderen Vorstellungen. Ihnen fällt die Integration in unsere Gesellschaft schwerer. Das trifft insbesondere für viele Flüchtlinge und Asylbewerber zu. Wir wollen sie fördern, aber müssen sie auch fordern, denn Integration funktioniert nicht ohne Mitwirkung.

## Wille zur Integration entscheidet

Ein gesellschaftliches Zusammenleben funktioniert nicht ohne Integration. Wir bieten Menschen, die zu uns kommen, eine neue Heimat. Als Gegenleistung erwarten wir einen starken Willen zur Integration. Integration lebt immer von der Begegnung und dem wechselseitigen Austausch. Dieser ist aber nur möglich, wenn alle Seiten bereit sind, von Angesicht zu Angesicht miteinander zu kommunizieren. Eine Burka oder Ganzkörperverschleierung und das damit zum Ausdruck gebrachte Welt- und Rollenverständnis stehen dem Prinzip der Offenheit genauso wie eine „Scharia-Polizei“ entgegen. Für Parallelgesellschaften, eine Paralleljustiz und die Diskriminierung von Menschen aufgrund von Glauben und Geschlecht ist bei uns kein Platz.

Maßgeblich für eine gelingende Integration ist daher weder ein Überbietungswettbewerb mit milliardenschweren Förderprogrammen noch eine Änderung des Grundgesetzes. Integration benötigt vielmehr die Bereitschaft aller Beteiligten, sich darauf einzulassen. Wir geben den gesetzlichen Rahmen hierfür vor.

## Integrationsvereinbarungen verbindlich einführen

Wir müssen Integrationsbereitschaft einfordern. Voraussetzung für unser Angebot ist, dass unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung anerkannt und beachtet wird. Unsere Grundrechte und das staatliche Gewalt- und Justizmonopol sind nicht verhandelbar. Religiöser Fundamentalismus oder Fanatismus haben ebenso wenig Platz in Deutschland wie Fremdenfeindlichkeit oder die Missachtung von Andersgläubigen. Wir sind zu Recht stolz auf unsere christlich-abendländische Prägung.

Jeder muss sich daher individuell im Rahmen einer Integrationsvereinbarung zu unseren Werten, unserer Rechtsordnung und den Regeln eines friedlichen Zusammenlebens bekennen. Dies betont nochmals deren Bedeutung und gibt darüber hinaus Orientierung und Klarheit über Ziele und bevorstehende Aufgaben. Gleichzeitig liefert die Integrationsvereinbarung auch die Grundlage für mögliche Leistungskürzungen im Falle des Nichtbefolgens.

## Das Erlernen der deutschen Sprache ist unerlässlich

Nur wenn wir die gleiche Sprache sprechen, kann Integration gelingen. Wir gehen dabei in Vorleistung. Mit einem umfassenden Angebot an Sprachkursen durch die Goethe-Institute bieten wir bereits vom Ausland aus die Möglichkeit, die deutsche Sprache, die Geschichte und unsere Leitkultur kennen zu lernen.

Auch in Deutschland haben wir das Angebot an Sprach- und Integrationskursen auf der Ebene des Bundes nochmals deutlich ausgebaut. Für das laufende Jahr stellt allein der Bund Mittel für Sprach- und Integrationskurse in Höhe von fast 300 Millionen Euro zur Verfügung. Durch ein umfangreiches Angebot von Bund und Ländern stellen wir damit sicher, dass vom ersten Tag an die Möglichkeit besteht, Deutsch zu lernen. Es ist die Pflicht aller Kinder, Frauen und Männer, dieses Angebot anzunehmen. Diese muss in der Integrationsvereinbarung festgeschrieben sein.

## Berufliche Qualifikationen frühzeitig feststellen

Parallel zum Erlernen der deutschen Sprache sollten schulische und berufliche Erfahrungen frühzeitig abgefragt werden. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag begrüßt ausdrücklich entsprechende Kooperationen zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Bundesagentur für Arbeit. Sie sollten flächendeckend zur Anwendung kommen. Dies vermittelt den Kurs-Teilnehmern nicht nur frühzeitig Anerkennung, sondern erleichtert auch eine gezielte Förderung und Vermittlung in den späteren Berufseinstieg. Unser Wertesystem der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist durch spezielle Angebote für Frauen zu vermitteln.

## Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern

Wer sich seinen Lebensunterhalt in Deutschland selbst verdienen kann, wird schneller Teil der Gesellschaft. Arbeit und Beschäftigung ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben und soziale Anerkennung. Die Betroffenen müssen schnell auf eigenen Beinen stehen können. Bildung und Qualifikation für Flüchtlinge zahlen sich daher in jedem Fall aus.

Sei es, um die Flüchtlinge bei der Rückkehr zum Wiederaufbau ihres Herkunftslandes zu befähigen oder als Maßnahme für eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt.

Bildung und Qualifikation und eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt sind eine gemeinsame Aufgabe der Wirtschaft und der staatlichen Stellen. Wir setzen hierbei auf Kooperation und nicht auf übertriebenen Aktionismus. Wir halten es daher für zwingend, dass auch andere Länder dem Beispiel Bayerns mit der Vereinbarung „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ folgen und Bündnisse mit Wirtschaft, Handel und Handwerk eingehen, um so den Berufseinstieg für Menschen mit einer dauerhaften Bleibeperspektive zu erleichtern.

## Ausreichenden Wohnraum schaffen

Integration darf nicht bei der Wohnungssuche scheitern. Schon heute ist bezahlbarer Wohnraum in manchen Regionen knapp. Zuletzt wurden in Deutschland 250.000 Wohnungen im Jahr gebaut, in Zukunft müssen es mindestens 400.000 sein. Weitere gesetzliche Änderungen im Mietrecht, die Investitionen in den Wohnungsmarkt behindern, sind daher unbedingt zu vermeiden. Die CSU-Landes-

gruppe im Deutschen Bundestag setzt sich stattdessen für eine Investitionsoffensive im Wohnungsbau ein. Diese wird allen gleichermaßen zugutekommen:

Wir begrüßen die jährliche Erhöhung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau um 500 Millionen Euro. Die Erhöhung ist aber auch zugleich Verpflichtung für die Länder, alle zur Verfügung gestellten Bundesmittel zweckentsprechend für den Neubau von sozialem Wohnraum einzusetzen. Bayern geht hier bereits vorbildlich voran.

Die CSU-Landesgruppe setzt sich für einen Wohnungsbau ohne baulichen Wildwuchs ein. Deshalb müssen zunächst die Potenziale in den Innenräumen unserer Städte und Gemeinden erschlossen werden. Nachverdichtungen müssen durch flexiblere Nutzungsbereiche und -kriterien in der Baunutzungsverordnung erleichtert werden.

Für ausreichenden Wohnraum muss auch dringend der private Wohnungsbau stärker gefördert werden. Die CSU-Landesgruppe setzt sich deshalb für die Einführung einer wirkungsvollen steuerlichen Förderung durch bessere Abschreibungsbedingungen von Neubauten ein.

## Konflikten frühzeitig vorbeugen

Das Programm „Soziale Stadt“ soll einen Beitrag leisten, strukturelle soziale Herausforderungen in unseren Städten zu bewältigen. Die CSU-Landesgruppe erwartet, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel des Programms in Höhe von 150 Millionen Euro mehr noch als bisher dafür eingesetzt werden, das Miteinander von Deutschen und Zuwanderern in den Städten und Gemeinden zu stärken und nicht für örtliche Verkehrsprojekte zweckentfremdet werden. Nur durch eine gezielte Förderung können Parallelgesellschaften und eine Ghettoisierung verhindert werden.

## Raum für Vorbilder schaffen

Zur Bewältigung des Alltags bedarf es Vorbildern, die den Weg einer gelingenden Integration vorleben. Der Sport spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Die CSU-Landesgruppe unterstützt daher die Fortführung des Programms „Integration durch Sport“ durch den Deutschen Olympischen Sportbund.

Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass die bürokratischen Hürden für Ehrenamtliche, um als Trainer oder Übungsleiter tätig zu werden, deutlich reduziert werden. Dies betrifft insbesondere die Pflicht zur Einreichung eines erweiterten Führungszeugnisses. Die Vorlage einer sog. Negativbescheinigung, dass keine einschlägigen Straftaten begangen wurden, halten wir anstelle der Übergabe eines erweiterten Führungszeugnisses für ausreichend. Eine Negativbescheinigung erfüllt ebenso den wichtigen Zweck des Kinder- und Jugendschutzes.

## Ehrenamt weiter fördern

Für eine gelingende Integration werden alle gebraucht – egal ob im Großen organisiert oder im Kleinen kreativ. Alle, die sich haupt- oder ehrenamtlich bei der Integration von Zugewanderten engagieren, verdienen unsere Unterstützung. Das vergangene Jahr hat gezeigt, was Deutschland durch unermüdliche Hilfsbereitschaft und ein Ineinandergreifen von Haupt- und Ehrenamtlichen zu leisten im Stande ist. Wir unterstützen zum Beispiel das Angebot des Technischen Hilfswerks zur Mitarbeit für Menschen mit dauerhafter Bleibeperspektive. Die CSU-Landesgruppe wird sich auch weiterhin für die Förderung von Integrations- und Migrationsberatungsprojekten durch den Bund einsetzen.







# Beschluss: Für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem stand im vergangenen Jahr kurz vor dem Zusammenbruch.

Rund eine Million Menschen kamen nach Deutschland – auf der Flucht vor Bürgerkriegen, vor politischer Verfolgung, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen. Allein dem überragenden Einsatz aller Beteiligten – dem Einsatz der Mitarbeiter von Polizei und Sicherheitsbehörden, der Soldaten, der Mitarbeiter in den Verwaltungen von Ländern, Kommunen und des Bundes, der Bürgermeister und Landräte, unserer Hilfs- und Rettungsorganisationen, der Wohlfahrtsverbände und Kirchen und vor allem auch dem überragenden ehrenamtlichen Engagement der Bürger in unserem Land – ist es zu verdanken, dass wir diesen Kraftakt stemmen konnten.

Auch wenn wir vieles geschafft haben und dabei eine humanitäre Visitenkarte für unser Land gegeben haben, steht für uns fest, dass die Aufnahmekapazität und Integrationsfähigkeit Deutschlands und Europas begrenzt sind. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass wir in Deutschland zu einer Reduzierung und Begrenzung der Flüchtlingszahlen kommen.

Mit unserem mehrstufigen Ansatz – bestehend aus der Bekämpfung der Fluchtursachen, Sicherung der EU-Außengrenzen, Stärkung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sowie Beschleunigung der Asylverfahren und Abschiebungen – sind wir auf einem guten Weg. Allerdings muss der Ansatz ständig weiterentwickelt und um neue Maßnahmen ergänzt werden.

## Gemeinsam Fluchtursachen bekämpfen

Um den Zustrom nach Europa einzudämmen, müssen die Ursachen für Flucht, Vertreibung und für Migration aus rein wirtschaftlichen Gründen bekämpft werden. Mit unseren finanziellen Mitteln lässt sich vor Ort deutlich mehr bewirken als in Europa. Die Menschen müssen in ihrer Heimatregion Hoffnung und Perspektiven aufgezeigt bekommen.

- ◆ Kurzfristig brauchen wir eine umfassende finanzielle und logistische Unterstützung der Menschen in Flüchtlingslagern im Mittleren und Nahen Osten sowie in Afrika, um so den Flüchtlingen eine heimatnahe Perspektive zu geben. Auch die oft überforderten Kommunen in den Aufnahmeländern brauchen unsere Unterstützung.
- ◆ Neben der militärischen Hilfe im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat müssen verstärkte diplomatische Anstrengungen zur Lösung des Syrienkonflikts im Mittelpunkt stehen.
- ◆ Auch Afghanistan wird neben der Entwicklungs- und Polizeikooperation auf absehbare Zeit unsere militärische Unterstützung benötigen.
- ◆ Nach dem Ende der Feindseligkeiten sollten Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Sie werden dringend zum Wiederaufbau von Staat und Gesellschaft gebraucht. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir Flüchtlinge schon in Deutschland sinnvoll später für erforderliche Tätigkeiten in ihrem Heimatland ausbilden können.

In Umsetzung der vereinbarten Ziele nachhaltiger Entwicklung müssen wir darüber hinaus folgende Schwerpunkte legen:

- ◆ eine bessere Koordinierung gesamteuropäischer und bilateraler Projekte, z.B. durch einen EU-Flüchtlingskommissar; Europa muss hier endlich mit einer Stimme sprechen und als Wertegemeinschaft auftreten.
- ◆ die Bereitstellung von Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Mittleren und Nahen Osten und in Afrika. Mangelnde Bildung ist eine der Hauptursachen für materielle Verarmung. Armut ist Fluchtgrund, aber auch Nährboden für Extremismus. Deutschland ermöglicht bereits jetzt den Schulbesuch tausender Kinder im Libanon und Irak. Mit verstärkten Maßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung wollen wir die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben der Menschen vor Ort schaffen.
- ◆ Kommunen, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen müssen noch stärker für die Vermittlung von guter Regierungsführung und den Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft eintreten. Mit der Engagement Global gGmbH steht hierfür bereits eine geeignete Plattform zur Verfügung. Partnerschaften und gezielte Förderprogramme helfen, nachhaltiges Regieren und Wirtschaften zu verbessern; dies fördert die Bereitschaft für eine intensivere wirtschaftliche, aber auch politische Zusammenarbeit.

- ◆ Staaten ist vor allem dann Hilfe zu gewähren, wenn der nachhaltige Wille zu Reformen und umfassender Kooperation erkennbar wird. Dazu gehören die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von internationalen Schleuserbanden, die Bereitschaft zur Rückübernahme von illegalen Migranten sowie die Zusammenarbeit bei der Erstellung von Ausweispapieren von Asylbewerbern ohne dauerhafte Bleibeperspektive.

Wir müssen unsere Entwicklungszusammenarbeit in der Zukunft strategisch noch stärker auf Krisenregionen ausrichten. Der Präventionsansatz zur Verhinderung von Krisen und gewaltsamen Auseinandersetzungen muss ausgebaut und stärker in ein außen- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept eingebettet werden.

## Gemeinsam Grenzen sichern

Die CSU-Landesgruppe unterstützt den Dialog der Europäischen Union mit den Anrainerstaaten auf dem Balkan und Nordafrika sowie der Türkei. Die getroffenen Vereinbarungen sind wichtige Schritte zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und für eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen.

Für uns steht fest, dass entsprechende Abkommen immer in einem angemessenen Gegenseitigkeitsverhältnis stehen müssen. Eine Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union lehnen wir weiterhin ab.

Unabhängig von bilateralen Vereinbarungen muss es ureigenstes Interesse der Europäischen Union sein, ihre Außengrenzen zu sichern. Nur so ist die von uns geschätzte Freizügigkeit im Innern möglich. In Fällen, in denen offensichtlich keine dauerhafte Bleibeperspektive in der Europäischen Union besteht, wäre es zudem humaner, bereits die Einreise nach Europa zu verhindern, um eine für alle Beteiligten äußerst belastende Rückführung in die Herkunftsstaaten abzuwenden. Die hierfür vereinbarte Inbetriebnahme von elf Hotspots muss endlich erfolgen.

Wenn die Sicherung der EU-Außengrenzen in einem Mitgliedstaat nicht funktioniert, ist die Sicherung durch die Grenzschutzagentur Frontex durchzuführen. Sie muss dann die Durchsetzung und Kontrolle der EU-weiten Asylgrundsätze sicherstellen. Gleichzeitig erwarten wir, dass Mitgliedstaaten mit einer EU-Außengrenze entsprechende eigene Ressourcen zur Verfügung halten und nicht ihr Personal reduzieren.

## Das Europäische Asylrecht weiterentwickeln

Im vergangenen Jahr ist deutlich geworden, dass zahlreiche auf europäischer Ebene vereinbarte Aufnahme- und Verfahrensvorgaben für Flüchtlinge nicht geeignet sind, einen großen Ansturm an Flüchtlingen zu bewältigen. Wir mussten zudem feststellen, dass etwa die Vorgaben von Schengen und der Dublin-III-Verordnung nicht eingehalten wurden. Zudem weigern sich noch immer zahlreiche EU-Mitgliedstaaten bereits seit Jahren, geltendes europäisches Recht umzusetzen.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag fordert daher eine vollständige Überarbeitung

- ◆ der Asylverfahrensrichtlinie,
- ◆ der Aufnahmerichtlinie und
- ◆ der Qualifikationsrichtlinie.

Die Dublin-III-Verordnung ist um einen Solidaritätsmechanismus für Krisensituationen zu ergänzen. Das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem ist darüber hinaus um die Möglichkeit der Einführung von anrechenbaren humanitären Flüchtlingskontingenten für subsidiär Schutzberechtigte und nationalen sowie europäischen Obergrenzen zu erweitern. Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität müssen seine Eckpfeiler sein. Zudem muss aus einer Neuregelung deutlich hervorgehen, dass das Recht auf Asyl nur ein Recht auf Zeit ist. Für jeden Asylberechtigten bleibt die Rückkehr in sein Herkunftsland verpflichtend, wenn der Asylgrund entfallen ist. Der Wunsch, nach dem Krieg in das Heimatland zurückzukehren, um beim Wiederaufbau zu helfen, sollte im Rahmen einer Erklärung Teil des Asylverfahrens sein.

Nur wenn die Möglichkeit besteht, die Aufnahme von Flüchtlingen zu begrenzen, verfügen die EU-Mitgliedstaaten über die erforderlichen Kapazitäten, um in besonderen Krisensituationen aus humanitären Gründen Kriegsflüchtlinge oder besonders verfolgte Gruppen gezielt aufnehmen zu können.

## Illegale Einreisen verhindern

Grundsätzlich gilt für uns: Geltendes Recht muss beachtet werden. Nur so können wir Sicherheit und Ordnung an der Grenze dauerhaft aufrechterhalten und weiterhin auf die enorme Hilfsbereitschaft in Deutschland vertrauen.

Durch die bewusste Vernichtung von Ausweispapieren und falsche Angaben von Antragstellern werden Asylverfahren nicht nur verschleppt, sondern oftmals vollständig unmöglich gemacht. Dies kann unser Rechtsstaat nicht länger hinnehmen, will er auf Dauer ein Rechtsstaat bleiben.

Die CSU-Landesgruppe fordert, dass eine Einreise nach Deutschland nur dann möglich sein darf, wenn auch gültige Ausweisdokumente vorgezeigt werden können. Andernfalls sind die Personen bereits an der Grenze zurückzuweisen. Die Beschaffung von Ersatzpapieren kann schließlich auch in einem unserer sicheren Nachbarstaaten erfolgen.

Es gehört zu unserem Rechtsstaatsverständnis, dass unsere Grenzen zur Not wieder dauerhaft gesichert und Personen ohne gültige Einreiseerlaubnis zurückgewiesen werden. Auch wenn in den letzten Wochen der Flüchtlingsstrom nach Deutschland abgenommen hat, haben wir noch keine dauerhafte Reduzierung und Begrenzung erreicht. Diese ist aber zwingende Bedingung, um unserem Anspruch auf Sicherheit und nach einer humanitären Aufnahme gerecht zu werden.

## Asylverfahren weiter beschleunigen

Die CSU-Landesgruppe steht zum Asylpaket II und der damit verbundenen Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige für zwei Jahre, der Einführung von Schnellverfahren in besonderen Aufnahmeeinrichtungen und Erleichterungen bei Abschiebungen aus gesundheitlichen Gründen. Wir dürfen keine weitere Zeit mehr verlieren, sondern müssen die Vereinbarung der Parteivorsitzenden vom 5. November 2015 endlich umsetzen.

Wir erkennen die Leistungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bei der bisherigen Bewältigung der Flüchtlingskrise an. Gleichwohl muss es das Ziel bleiben, so schnell wie möglich auch die bisher fast 400.000 unbearbeiteten Anträge zu bearbeiten. Das zuständige Bundesamt hat hierfür im vergangenen Jahr bereits 1.000 zusätzliche Stellen erhalten. 4.000 weitere sind für das laufende Jahr bewilligt worden.

Die fortschreitende Digitalisierung und die schnelle Einführung des Flüchtlingsausweises bieten ebenfalls große Chancen für eine weitere Beschleunigung. Die Rückkehr zu einer Einzelfallprüfung bei allen Flüchtlingen war ein erster notwendiger Schritt zurück zu einem rechtsstaatlichen Verfahren. Es entspricht dem Gebot der Gerechtigkeit, jeden Fall einzeln und sorgfältig zu prüfen und keine bestimmten Personengruppen zu bevorzugen.

## Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen vereinfachen

Die gesetzlich vorgeschriebenen Inobhutnahmen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen führen auch weiterhin bei vielen Kommunen zu erheblichen organisatorischen und finanziellen Belastungen. Oftmals werden Inhalt und Umfang der Jugendhilfeleistungen zu hoch angesetzt. Ein Nachsteuern durch die Länder ist bisher nicht möglich. Die CSU-Landesgruppe setzt sich daher für eine Länderöffnungsklausel ein. Mit Hilfe dieser könnten angemessene Standards für die Betreuung von ausländischen Jugendlichen weiter entwickelt und Inhalt und Umfang der individuell erforderlichen Betreuungs- und Beratungsleistungen besser regional abgestimmt werden.

## Angemessene Verteilung von anerkannten Asylbewerbern sicherstellen

Um eine gerechte Verteilung der anerkannten Asylbewerber innerhalb Deutschlands zu gewährleisten, ist jegliche Leistungserbringung an den zugewiesenen Wohnort zu knüpfen. Dies stellt sicher, dass es nicht zu erheblichen Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands und damit verbundenen Ungleichgewichten kommt. Wir setzen uns daher für die Einführung einer zeitlich begrenzten Wohnsitzauflage auch für anerkannte Asylbewerber ohne eigenes Einkommen ein.

## Abschiebungen und freiwillige Ausreisen erleichtern

Die CSU-Landesgruppe setzt sich für eine schnelle und konsequente Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern ein. Sollte ein Asylbewerber bereits während des laufenden Asylverfahrens straffällig werden, muss dies Einfluss auf sein Verfahren haben. Unter Abänderung des geltenden Rechts sollte ab einer Verurteilung zu 90 Tagessätzen oder der zweiten Verurteilung kein subsidiärer Schutz gewährt werden. Insbesondere straffällig gewordene Asylbewerber sollten unter Abänderung europäischen Rechts bereits aufgrund von Bewährungsstrafen abgeschoben werden können. Vereinbarte Schutzzonen für Flüchtlinge sollten für Abschiebungen genutzt werden können.

Gleichzeitig setzen wir uns für eine Förderung von freiwilligen Ausreisen von Personen ohne dauerhafte Bleibeperspektive ein. Bestehende Unterstützungsprogramme müssen finanziell aufgestockt werden und flächendeckend in Deutschland zur Anwendung kommen.





UPTBAHN O





# Beschluss: Terrorismus wirksam bekämpfen

Die schrecklichen Anschläge von Paris haben gezeigt, dass wir in Europa dringend einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von Terrorismus und islamistischem Extremismus benötigen. Wir stehen an der Seite unserer französischen Nachbarn und unterstützen die gezielte Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates mit umfangreichen Anti-Terror-Maßnahmen. Diese Maßnahmen müssen von allen Mitgliedstaaten getragen und unterstützt werden. Terrorismus endet nicht an der Grenze. Ein noch so großes Engagement in einem Staat wird erst durch entschlossene grenzüberschreitende Zusammenarbeit effektiv. Nur dann können terroristische Gefahren frühzeitig erkannt und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir unterstützen daher die Vorschläge der Europäischen Kommission für einen besseren Informationsaustausch und eine bessere Vernetzung der Sicherheitsbehörden. Eine Vereinheitlichung der Straftatbestände im Bereich der terroristischen Straftaten in allen EU-Mitgliedstaaten ist dringend erforderlich.

Unser Ziel ist es, dass Deutschland, wie bereits bei der IT-Sicherheit oder der Einführung von Höchstspeicherfristen für Verbindungsdaten, eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung des Terrorismus einnimmt. Dies setzt voraus, dass wir wirksam gegen die Finanzierung von Terrorismus vorgehen und uns gegen extremistische Propaganda im Internet zur Wehr setzen. Wer das friedliche Zusammenleben der Völker stört, muss mit der vollen Härte des Rechtsstaats rechnen.

## Dem Terrorismus die finanziellen Grundlagen entziehen

Unser Ziel ist es, die Finanzquellen der Terrororganisationen auszutrocknen. Die hierfür maßgeblichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats aus den letzten zwei Jahren müssen vollständig umgesetzt werden. Deutschland darf nicht länger bei der Aufklärung und Sanktionierung terroristischer Finanzströme hinterherhinken.

Die CSU-Landesgruppe setzt sich daher dafür ein, dass

- ◆ das Recht der Vermögensabschöpfung endlich novelliert wird. Bei unklarer Herkunft des Vermögens muss eine vorläufige Beschlagnahme Vorrang vor einem Verbleib des Vermögens bei den mutmaßlichen Tätern haben. Liegen auch nur mittelbar Anhaltspunkte für eine Terrorfinanzierung vor, ist das Geld durch die Sicherheits- und Aufsichtsbehörden unmittelbar zu beschlagnahmen. Strafgesetzbuch und Kreditwesengesetz sind entsprechend anzupassen.
- ◆ auch bei Online-Bezahlungen mit zuvor erworbenen Gutscheinen oder aber aufgeladenen Kreditkarten eine persönliche Identifizierung ab einem Betrag von 50 Euro jederzeit möglich sein muss.
- ◆ ein international geltender Rechtsrahmen für Onlinewährungen, wie etwa Bitcoin, geschaffen wird. Dieser muss Ermittlungs- und Sicherstellungsmöglichkeiten für die Sicherheitsbehörden beinhalten.

## Propaganda verhindern

Die Freiheit des Internet wird gezielt zur Werbung für islamistischen Extremismus und Terrorismus missbraucht. Verschlüsselte Kommunikation wird zur Vorbereitung von terroristischen Straftaten eingesetzt, extremistische Propaganda über soziale Medien verbreitet. Wir haben unsere Dienste und Sicherheitsbehörden daher bereits personell und technisch erheblich verstärkt. Dies war nur ein erster Schritt und wird alleine nicht reichen, um Propaganda für Extremismus und Terrorismus im Internet deutlich zu reduzieren.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich daher dafür ein, dass

- ◆ die Betreiber von sozialen Medien (z.B. Facebook) und sonstigen Kommunikationsdiensten (z.B. Twitter) ihrer Verantwortung nachkommen und eine Weiterverbreitung von gewaltverherrlichenden und extremistischen Inhalten von sich aus umgehend unterbinden. Entsprechende Inhalte sind sofort zu löschen, Konten zu sperren und die Sicherheitsbehörden zwingend zu informieren. Volksverhetzende und rassistische Begriffe müssen bereits zuvor, soweit technisch möglich, herausgefiltert werden. Automatisch generierte Propaganda-Inhalte sind durch wirksame Plausibilitätsprüfungen auszuschließen.
- ◆ die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen wieder voll umfänglich unter Strafe gestellt wird. Unterstützern und Befürwortern von Terroristen muss klar sein, dass ein wehrhafter Rechtsstaat ihr Handeln nicht duldet.

## Konsequent gegen Gefährder vorgehen

Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes leben in Deutschland mehr als 1.000 Gefährder. Sie sind nicht nur zu Straftaten von erheblicher Bedeutung bereit, sondern stellen sich auch bewusst immer wieder gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich daher dafür ein, dass

- ◆ bereits verurteilte Gefährder rund um die Uhr mit Hilfe einer elektronischen Fußfessel überwacht werden.
- ◆ Personen, die im Ausland für eine Terrormiliz gekämpft haben und eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen, die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen wird. Wer sich dem islamistischen Terrorismus im Ausland anschließt, zeigt damit die Abkehr von all unseren Werten und unserer Verfassung.

## Radikalisierung verhindern - Deradikalisierung fördern

Radikalisierung kann überall beginnen. Ob in der Familie und in Schulen oder in Vereinigungen, nirgends sind junge Menschen vor Propaganda und systematischer Beeinflussung gefeit. Insbesondere in Gefängnissen ist eine Radikalisierung von Insassen zu beobachten.

Allerdings radikalisiert sich niemand über Nacht, sondern dies geschieht schrittweise. Prävention und Aufklärung sind daher wichtige Bausteine im Kampf gegen den Terror. Daher müssen wir die Öffentlichkeit stärker für das Thema Extremismus sensibilisieren. Wir brauchen starke Präventions- und Aufklärungsprogramme. Beratungsprogramme für Eltern, Angehörige, Freunde und Lehrer müssen weiter ausgebaut werden.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich daher dafür ein, dass

- ◆ die Aufmerksamkeit der Beteiligten für eine mögliche Radikalisierung in ihrem Umfeld weiter geschärft wird. Eltern, Angehörige, Freunde und Lehrer sind oft die ersten, denen eine Radikalisierung eines Menschen auffällt. Beratungsstellen und fachkundige Ansprechpartner müssen für Betroffene daher rund um die Uhr verfügbar sein.
- ◆ niederschwellige Präventionsprogramme auch weiterhin von Bund und Ländern finanziell unterstützt werden. Staatliche und private Angebote müssen besser aufeinander abgestimmt und zu einer einheitlichen bundesweiten Präventionsstrategie zusammengeführt werden.
- ◆ Bund und Länder die finanzielle und personelle Ausstattung von Aussteigerprogrammen gewährleisten.

DEUTSCHLAND

# Beschluss: Europa gemeinsam gestalten

Europa wird auf eine harte Probe gestellt – wie wohl nie zuvor seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts. Der islamistische Terrorismus schlägt im Herzen Frankreichs zu. Terror und Krieg nicht nur im Nahen Osten, insbesondere aber in Syrien, treiben hunderttausende Menschen in die Europäische Union. Nur wenige Mitgliedstaaten sind bereit, diesen Menschen Zuflucht zu gewähren. Dazu kommt: Die Staatsschuldenkrise ist noch nicht vollständig überwunden; in vielen europäischen Staaten fehlt es an den notwendigen Strukturreformen zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung. An der zwingend notwendigen Haushaltsdisziplin mangelt es an vielen Orten.

Wir werden all diese Probleme und Herausforderungen nur dann bewältigen, wenn wir gemeinschaftlich handeln und unsere gemeinsam beschlossenen Regeln auch einhalten. Rechtstreue, Solidarität und Subsidiarität müssen gelebt und nicht nur versprochen werden. Nur so haben wir in Europa eine gemeinsame Zukunft. Wir brauchen eine Europäische Union, die sich handlungsfähig zeigt gegenüber den großen Aufgaben der Gegenwart. Die einig und stark nach außen ist, aber flexibel nach innen.

## Reformdiskussion offen führen – Klare Regeln für Solidarität, Subsidiarität und Freizügigkeit

Die Geltung des Rechts in der Union muss wieder durchgesetzt werden. Die Beugung des EU-Rechts durch einige Mitgliedstaaten in der Staatsschulden-, wie auch in der aktuellen Flüchtlingskrise, hat das Vertrauen der Bürger in die EU als Gemeinschaft des Rechts erschüttert. Denn Solidarität und Verantwortung sind Leitprinzipien der Europäischen Union. Wer auf der einen Seite Solidarität einfordert, muss im Gegenzug auch bereit sein, gemeinsam Lasten zu tragen.

Forderungen nach einem neuen Gleichgewicht und einer Weiterentwicklung der Europäischen Union müssen offen und ohne Tabus diskutiert werden. Die EU braucht freiheitliches Denken und Pragmatismus heute mehr denn je. Den Vorschlägen für eine Weiterentwicklung der Europäischen Union muss daher mit Gesprächsbereitschaft und nicht mit Abwehr begegnet werden. Vertragsänderungen dürfen nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

- ◆ Die CSU-Landesgruppe will starke Zusammenarbeit wo und wenn nötig, aber Eigenverantwortung wo möglich. Nur eine flexible Kooperation ist zukunftsfähig. Nicht alle Integrationsschritte müssen von sämtlichen Mitgliedern gegangen werden. In den integrierten Bereichen müssen aber alle, die teilnehmen, die vereinbarten Regeln strikt einhalten.
- ◆ Eine Erweiterung der Europäischen Union ist nur dann möglich, wenn die EU im Innern gefestigt ist. In absehbarer Zukunft kann es daher zu keiner Erweiterung kommen.
- ◆ In Europa geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Neben dem Europäischen Parlament müssen daher die nationalen Parlamente mehr noch als bisher in die Politik der EU eingebunden werden. Ein Vetorecht für eine Gruppe von Parlamenten gegenüber europäischer Gesetzgebung („rote Karte“) kann ein sinnvolles Mittel zur Stärkung ihrer Stellung sein, wenn durch ein vernünftiges Quorum sichergestellt ist, dass keine Lähmung der Gesetzgebung droht.
- ◆ Eine Überprüfung der bestehenden Ansprüche auf sozialstaatliche Transferleistungen tut Not, um Sozialmissbrauch zu unterbinden und die Glaubwürdigkeit der europäischen Freizügigkeit nicht zu unterminieren. Eine weitere Vergemeinschaftung der sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab. Eine europäische Arbeitslosenversicherung wird es mit uns nicht geben.
- ◆ Es ist richtig, dass Europa das Thema Wettbewerbsfähigkeit stärker in das Zentrum rückt und Bürokratie abbaut. Wir sind uns einig, dass eine tiefgreifende Reform der EU nötig ist, die ihre Funktionsweise, ihre Verfahren und ihre Regeln vereinfacht.
- ◆ Ein weltweiter Freihandel, der auf fairen Standards beruht, liegt in unserem Interesse. Die CSU-Landesgruppe unterstützt den zügigen Abschluss von Freihandelsabkommen mit den USA, Kanada und anderen Handelsnationen. Mit uns wird es an den hohen deutschen und europäischen Standards – im Arbeitsleben, beim Daten-, Umwelt- und Verbraucherschutz, bei der Daseinsvorsorge und bei der Gentechnik – keine Abstriche geben.

## Lehren aus der Staatsschuldenkrise

Die Staatsschuldenkrise hat die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Eurozone klar vor Augen geführt. Eine solche Tendenz hin zu einer Kerngruppe mit strikteren Regeln, Strukturreformen, enger wirtschaftspolitischer Koordinierung, Haushaltsdisziplin und Elementen einer politischen Union kann aber nur unter bestimmten Bedingungen funktionieren.

- ◆ Die Regeln des verstärkten Stabilitäts- und Wachstumspakts müssen glaubhaft zur Anwendung kommen. Politische Rabatte bei der Anwendung der Regeln darf es nicht geben.
- ◆ Die Krise hat mehr als deutlich gezeigt: Schuldenmachen ist der falsche Weg für nachhaltiges Wachstum und zukunftssichere Arbeitsplätze in Europa. Vielmehr sind die betroffenen Staaten gefordert, endlich weitreichende und überfällige Strukturreformen auf den Weg zu bringen und die Haushaltsdisziplin zu achten. Nur so kann es gelingen, Europa insgesamt wieder wettbewerbsfähig und für Investitionen attraktiv zu machen.
- ◆ Nachdem wir die Staatsschuldenkrise überwunden haben, müssen wir ein umfassendes Insolvenzverfahren zur Restrukturierung von Staatsschulden einführen. Dabei geht es um die geordnete Bedienung von Schulden verbunden mit strukturellen Reformen und einer Konsolidierung des Haushalts der Schuldnerstaaten. Ländern, die dauerhaft nicht bereit oder in der Lage sind, den Regeln der Währungsunion zu folgen, sollte ebenso auch ein geordnetes Ausscheiden aus der Eurozone beziehungsweise das Einführen einer Parallelwährung möglich sein.
- ◆ Wir sind gegen eine Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken: Wir wollen keine Vergemeinschaftung von Staatsschulden durch Eurobonds oder Schuldentilgungsfonds. Genauso wenig akzeptieren wir die Übernahme von Risiken ausländischer Banken auf Kosten deutscher Sparer. Im Bereich des Bankensystems müssen daher die bereits beschlossenen Regeln der Bankenunion ohne weitere Verzögerung von allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Ein vergemeinschaftetes europäisches Einlagensicherungssystem lehnen wir ab.

- ◆ Nichteurostaaten dürfen keine EU-Mitglieder zweiter Klasse werden. In den Beziehungen der Eurozone zu den Nichteurostaaten muss angemessen Rücksicht auf die legitimen Interessen der Nichtmitglieder und die Funktionsfähigkeit und Integrität des Binnenmarktes genommen werden – ohne dass Nichteurostaaten ein Vetorecht zukäme. Dem Ziel einer flexiblen Union entspricht es, dass Mitgliedstaaten sich auch auf ein Ausnahmerecht (opt-out) beim Euro berufen und eine eigene Währung beibehalten können.

## Gemeinsames Auftreten nach außen

Viele Krisen betreffen die Europäische Union in ihrer Gesamtheit. Sie verlangen gemeinsame Antworten und ein koordiniertes Auftreten. Nur dann kann Europa sein geostrategisches Potenzial voll ausschöpfen. Um Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt voranzubringen, brauchen wir eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, in der alle 28 Mitglieder an einem Strang ziehen. Nur ein Europa, das mit einer Stimme spricht, wird auf internationaler Ebene gehört.

- ◆ Sichere Außengrenzen ermöglichen unsere Freiheit im Inneren Europas. Von Personenkontrollen an den Binnengrenzen können wir nur absehen, wenn die EU-Außengrenzen effektiv geschützt sind. Dies ist eine gemeinsame europäische Anstrengung, die die Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Grenzschutzagentur Frontex zu erfüllen haben. Wenn die Sicherung der EU-Außengrenze in einem Mitgliedstaat nicht funktioniert, ist die Sicherung durch die Grenzschutzagentur Frontex durchzuführen und die Kommandogewalt zu übertragen. Hierfür muss Frontex zu einem echten EU-Grenz- und Küstenschutz mit eigenem Personal und Ausrüstung weiterentwickelt werden. Dieser muss dann die Durchsetzung und Kontrolle der EU-weiten Asylgrundsätze sicherstellen, insbesondere den Abgleich mit Fahndungsdateien, die Registrierung und möglichst grenznahe Abwicklung der Verfahren. Zudem sind die schnellstmögliche Funktion der Hot-Spots und eine intensiviertere Rückführung abgelehnter Asylbewerber sicherzustellen. Baldmöglichst muss es den Dreiklang geben: sichere EU-Außengrenzen, feste europäische Kontingente für Bürgerkriegsflüchtlinge und ein solidarischer Verteilmechanismus zwischen den Mitgliedstaaten.
- ◆ Nach den Anschlägen von Paris muss Europa jetzt zusammenstehen und mutig den Weg in eine Europäische Verteidigungsunion gehen. Militärische Stärke muss sichtbar sein. Ein ständiges EU-Hauptquartier sowie die Schaffung von wirksameren Instrumenten zur schnellen Krisenprävention, -reaktion und



Konfliktbeilegung sind hierfür erste entscheidende Schritte. EU-Gefechtsverbände dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müssen auch zeitnah in Krisensituationen eingesetzt werden können. Auch bei der Interoperabilität, einer besseren Aufgabenteilung zwischen den Streitkräften und der Europäisierung der Ausstattung müssen wir vorankommen.

- ◆ Eine Europäische Armee – als starker europäischer Pfeiler in der NATO – sollte für Nationen, die sicherheitspolitisch vorangehen wollen, Ziel der Entwicklung sein.

## Die Gemeinsame Agrarpolitik zukunftsfest machen

Die Gemeinsame Agrarpolitik ist eines der historischen Standbeine der Union. Wie wichtig ein gemeinsamer Agrarmarkt, gemeinsame Regeln im Krisenfall und die Direktzahlungen sind, hat sich infolge der russischen Einfuhrbeschränkungen für europäische Agrargüter erneut gezeigt.

- ◆ Als Ausgleich für die hohen Anforderungen im Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz brauchen wir auch nach 2020 ein leistungsfähiges System der Direktzahlungen. Wer die Direktzahlungen infrage stellt, gefährdet nicht nur die Zukunft einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft, er setzt auch die Zukunft unserer ländlichen Räume aufs Spiel. Die Regeln der Direktzahlungen müssen grundlegend vereinfacht werden: Dies betrifft sowohl das sogenannte Basisrecht als auch die Bestimmungen zum Greening. Die von der Kommission vorgelegten Vereinfachungsvorschläge können nur ein Anfang sein.
- ◆ Wir brauchen eine weitergehende Harmonisierung der Produktionsstandards – und deren stringente Durchsetzung. Höchste Anforderungen im Tierschutz helfen nichts, wenn dadurch die Produktion in Nachbarländer abwandert. Wer höchste Anforderungen im Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz stellt, ist es seinen Bauern schuldig, die vollständige Umsetzung in anderen Mitgliedstaaten einzufordern und wirkungsvolle Einfuhrkontrollen sicherzustellen.



# Beschluss: Keine weiteren Experimente auf dem Arbeitsmarkt

Deutschland geht es gut. Unsere Wirtschaft läuft auf Hochtouren, die Zahl der Arbeitslosen liegt auf einem Rekordtief. In Deutschland sind mehr Menschen erwerbstätig als je zuvor. Mehr als 30 Millionen Menschen sind dabei sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Seit dem Amtsantritt der von CDU und CSU geführten Bundesregierung im Jahre 2005 hat sich die Arbeitslosenquote halbiert. Diese Erfolge dürfen wir nicht leichtfertig durch überbordende Bürokratie und eine unnötige Regelungswut aufs Spiel setzen. Weitere Experimente auf dem Arbeitsmarkt lehnen wir ab.

Wir sind uns der Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag bewusst. Die Welt hat sich aber weiter gedreht. Arbeitsmarktpolitik von gestern brauchen wir nicht. Wir stehen erst am Anfang der Herausforderungen, die sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt in Folge der enormen Zuzugswelle stellen werden. Dazu brauchen wir einen weiterhin flexiblen Arbeitsmarkt. Beschränkungen bei Zeitarbeit und Werkverträgen passen daher nicht mehr in unsere Zeit. Bei den vorgeschlagenen Regelungen zur Entgeltgleichheit besteht die Gefahr, dass sie am Ende der Wirtschaft schaden und das Klima in den Betrieben vergiften.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag fordert daher erstens die dringend notwendige Entbürokratisierung des Mindestlohns, zweitens einen Verzicht auf eine Reform der Zeitarbeit und Werkverträge und drittens Abstandnehmen von überbordender Bürokratie bei der Entgeltgleichheit. Zumindest aber müssen die folgenden Forderungen der CSU-Landesgruppe bei den jeweiligen Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt und unseren Bedenken Rechnung getragen werden.

## Reformbaustelle Mindestlohn nicht weiter aussitzen

Die Einführung des Mindestlohns in Deutschland ist begleitet von bürokratischen Lasten, deren massive Auswirkungen sich nach Inkrafttreten gezeigt haben. Dass diese sich noch nicht als massiver Einschnitt für den Wirtschaftsstandort erwiesen haben, ist allein dem guten konjunkturellen Umfeld in unserem Land geschuldet. Hierauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Die Reformbaustelle Mindestlohn bleibt, zahlreiche Fragen sind weiterhin ungeklärt, Änderungen durch das Bundesarbeitsministerium sind überfällig. Wir setzen uns dafür ein, bestehende Rechtsunsicherheiten zu beseitigen sowie Vereinfachungen und Erleichterungen für die Betriebe zu erzielen. Dabei ist das Mindestlohngesetz nicht sakrosankt.

- ◆ Wir fordern eine rechtssichere und verlässliche Lösung für alle ehrenamtlich Tätigen. Das Bundesarbeitsministerium hat im Sommer 2015 eine „deklaratorische Klarstellung“ im Zivilrecht für das Verhältnis Mindestlohn und Ehrenamt angekündigt. Bislang hat die zuständige Ministerin hierzu nichts geliefert.
- ◆ Mit den – wesentlich auf Betreiben der CSU-Landesgruppe – mit Wirkung zum 1. August 2015 erfolgten Erleichterungen bei den Dokumentationspflichten sind wir einen wesentlichen Schritt vorangekommen, aber noch längst nicht am Ziel. Wir reden nicht nur von Bürokratieabbau, sondern setzen die Erfahrungen aus der Praxis in den Mittelpunkt. Deshalb sprechen wir uns weiter mit Nachdruck dafür aus, dass für Minijobs im gewerblichen Bereich die Aufzeichnung nach Beginn, Ende und Dauer dann entfällt, wenn ein schriftlicher Arbeitsvertrag vorliegt, aus dem sich der vereinbarte Stundenlohn und die Arbeitszeit eindeutig ergeben. Die Erleichterungen bei den Lohnobergrenzen des Mindestlohngesetzes für die Dokumentationspflichten müssen auch in der Landwirtschaft gelten.
- ◆ Bei der Arbeitgeberhaftung brauchen wir eine Begrenzung auf den unmittelbaren Vertragspartner und die Möglichkeit eines Entlastungsbeweises, wonach der Unternehmer dann nicht haftet, wenn er weder positive Kenntnis noch grob fahrlässig Unkenntnis davon hatte, dass sein Vertragspartner der Mindestlohnpflicht nicht nachkommt.
- ◆ Für Praktikantenverhältnisse ist eine gesetzliche Klarstellung erforderlich, wonach bei Überschreiten der Dreimonatsfrist der Mindestlohn erst ab dem vierten Monat fällig wird.

- ◆ Und schließlich brauchen wir endlich eine Klärung der Rechtslage der Mindestlohnpflicht bei grenzüberschreitendem Verkehr/Transitverkehr im Hinblick auf das anhängige EU-Vertragsverletzungsverfahren.

## Zeitarbeit als Beschäftigungsinstrument stärken

Zeitarbeit ist ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument. Sie bietet Unternehmen Flexibilität für Auftragsspitzen und arbeitslosen Menschen die Chance auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Wer Zeitarbeit überreguliert, sorgt für mehr Arbeitslosigkeit, weniger Berufschancen für Geringqualifizierte und weniger Wohlstand für alle. Das lehnen wir entschieden ab. Für uns gilt aber auch: Zeitarbeit darf nicht zu Lohndumping führen. Wir stehen zum Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Bevor wir aber neue bürokratische Lasten in die Welt setzen, müssen wir zunächst prüfen, ob weitere gesetzliche Regelungen notwendig sind. Nur dann wollen wir das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz anhand folgender Eckpunkte weiterentwickeln.

- ◆ Danach soll eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten gesetzlich festgelegt werden. Schon heute ist die Hälfte aller Zeitarbeitsverhältnisse in Deutschland kürzer als drei Monate. Allerdings müssen abweichende branchenspezifische und betriebsnahe Lösungen weiter möglich bleiben. Deshalb fordern wir tarifliche Öffnungsklauseln zur Höchstüberlassungsdauer, von der auch nicht unmittelbar tarifgebundene Unternehmen Gebrauch machen können. Pflichtverstöße müssen geahndet werden. Allerdings müssen Sanktionen auch verhältnismäßig und interessengerecht sein.
- ◆ Es ist richtig, Zeitarbeitnehmer künftig grundsätzlich nach neun Monaten bei der Bezahlung mit der Stammbesoldung gleichzustellen. Allerdings darf dabei das bestehende Modell der tariflichen Branchenzuschläge nicht zerstört werden. Ansätze der Tarifpartner, die Lohnlücke zwischen Zeit- und Stammarbeitnehmern zu schließen, müssen immer Vorrang haben, solange die in der Zeitarbeit geltende Lohnuntergrenze eingehalten wird. Als Vergleichsgröße für gleiche Bezahlung (Equal Pay) ist das jeweilige tarifliche Grundentgelt ausreichend. Eingriffe in die Tarifautonomie lehnen wir kategorisch ab.
- ◆ Eine Ausweitung der bestehenden Mitbestimmungsrechte ist nicht erforderlich. Zeitarbeitnehmer werden per se nur vorübergehend im Einsatzbetrieb eingesetzt und müssen daher bei den betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerten nicht zwangsläufig berücksichtigt werden.

## Missbrauch von Werkverträgen wirksam und mit Augenmaß verhindern

Werkverträge sind seit Jahrzehnten Bestandteil unserer arbeitsteiligen Gesellschaft. Die Vergabe von Aufgaben an Dritte auf der Basis von Werkverträgen gehört zum Kernbereich der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit. Werkverträge spielen im Handwerk und in der Industrie gleichermaßen eine zentrale Rolle. Sie sind unverzichtbar für die Spezialisierung und Konzentration der Unternehmen auf ihre Kernkompetenzen, tragen zu ihrer Qualitäts- und Effizienzsteigerung bei und sichern damit deren Wettbewerbsfähigkeit und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Für uns gilt der Grundsatz: Wo Werkvertrag draufsteht, muss auch Werkvertrag drin sein. Rechts- und sittenwidrige Gestaltungen von Werkverträgen lehnen wir ab.

- ◆ Wir sprechen uns für eine gesetzliche Festschreibung der von der Rechtsprechung entwickelten Abgrenzungskriterien zwischen abhängiger und selbständiger Tätigkeit aus. Kleinteilige Kriterienkataloge sind aber praxisfremd, weil sie bei ganz typischen Werk- und Dienstverträgen vielfach Arbeitsverhältnisse unterstellen. Eine solche unsinnige Überregulierung wäre für die Betriebe nicht akzeptabel, weil mit ihr eine neue Bürokratiewelle verbunden wäre. Auch die Beweislastumkehr zu Lasten der Arbeitgeber lehnen wir ab. Die Entscheidung, ob ein Werkvertrag oder ein Arbeitsverhältnis vorliegt, muss für den Einzelfall getroffen werden.
- ◆ Umfassende Konsultationsrechte des Betriebsrats bei der Vergabe von Leistungen im Rahmen von Werkverträgen sind mit uns nicht zu machen. Der Unternehmer hat die Gestaltungsfreiheit zu entscheiden, wie er seine unternehmerischen Ziele umsetzen will. In diese Gestaltungsfreiheit wollen und werden wir nicht eingreifen. In Betracht kommt lediglich eine Konkretisierung der bestehenden Informations- und Unterrichtsrechte des Betriebsrates, soweit es sich nicht lediglich um kurzfristige Einsätze handelt. In diesen Fällen ist der rechtliche Status Quo ausreichend.

## Ja zu mehr Transparenz für Entgeltgleichheit – Nein zu Bürokratie und Unfrieden in den Betrieben

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein wichtiger Grundsatz, für den sich die CSU- Landesgruppe im Deutschen Bundestag einsetzt. Es ist schon heute gesetzlich verboten, Gehaltsunterschiede auf das Geschlecht des Mitarbeiters zu stützen. Dessen ungeachtet werden geschlechterbezogene gesamtwirtschaftliche Entgeltunterschiede vielfach immer noch pauschal mit Diskriminierung gleichgesetzt. Die Debatte geht damit an den tatsächlichen Ursachen vorbei. Hierzu zählen vor allem familienbedingte Erwerbsunterbrechungen, das Berufswahlverhalten, familienbedingte reduzierte Arbeitszeiten sowie unterschiedliche Qualifikationen.

Entsprechend haben sich die Koalitionspartner bewusst darauf beschränkt, im Hinblick auf eine Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen mehr Transparenz herzustellen, unter anderem durch eine Verpflichtung für Unternehmen ab 500 Beschäftigte, im Lagebericht nach dem Handelsgesetzbuch auch zur Frauenförderung und Entgeltgleichheit nach Maßgabe gesetzlicher Kriterien Stellung zu nehmen.

Angesichts der vielfältigen Ursachen von geschlechterbezogenen gesamtwirtschaftlichen Entgeltunterschieden gilt es in jedem Fall zu vermeiden, dass durch zu weitgehende vorschnelle Maßnahmen zusätzliche Bürokratie und Unfrieden in die Betriebe hineingetragen werden:

- ◆ Die Chancengleichheit von Männern und Frauen im Beruf ist ein wichtiges Anliegen. Die Gründe für die unterschiedlichen Durchschnittslöhne sind vielfältig und nicht allein geschlechtsbezogen. Die Ursachen liegen unter anderem in den unterschiedlichen Präferenzen sowie Lebens- und Berufswelten von Frauen und Männern. Daher müssen vor allem auch die Rahmenbedingungen verbessert werden, ohne eine überbordende Bürokratie durch regulierende Maßnahmen zu schaffen.

- ◆ Um das Ziel zu erreichen, die Entgelttransparenz in Unternehmen zu verbessern, ist im Koalitionsvertrag ein individueller Auskunftsanspruch vorgesehen. Bei der Ausgestaltung des Auskunftsanspruchs ist darauf zu achten, dass dieser keine Verteilungskonflikte in die Betriebe trägt, die das deutsche Modell der überbetrieblichen Entgeltfindung durch Flächentarifverträge gerade vermeiden will. Diese würden im Übrigen auch unabhängig von der Geschlechterfrage entstehen. Dem verfassungsrechtlich verbürgten Recht des einzelnen Mitarbeiters auf informationelle Selbstbestimmung ist Rechnung zu tragen.
- ◆ Die geplante Verpflichtung für Unternehmen ab 500 Beschäftigte, einen Bericht über die Entgeltgleichheit und Frauenförderung abzugeben, ist im Hinblick auf die bürokratische Belastung zu überprüfen. Das Kriterium "Unternehmen ab 500 Beschäftigte" sollte einschränkend dahin ausgelegt werden, dass die Berichtspflicht nur große Kapitalgesellschaften trifft, die zugleich mehr als 500 Beschäftigte haben.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe wird besonders darauf achten, eine übermäßige Belastung der Wirtschaft – insbesondere auch durch bürokratischen Aufwand – zu vermeiden.







# Beschluss: Freizügigkeit schützen – Armutsmigration verhindern

Das Recht eines jeden Bürgers der Europäischen Union, Wohn- und Arbeitsort grundsätzlich frei zu wählen, ist eine der wesentlichen Errungenschaften im vereinten Europa. Jeder Missbrauch durch Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme der Mitgliedstaaten gefährdet die Akzeptanz der Freizügigkeit. Es muss auch weiterhin der Grundsatz gelten, dass nur diejenigen in den Genuss von Sozialleistungen kommen, die in dem jeweiligen Mitgliedstaat längere Zeit gelebt und entsprechende Beiträge entrichtet haben. Schon im Jahr 2014 haben wir durchgesetzt:

- ◆ die Einführung von befristeten Wiedereinreisesperren,
- ◆ ein nur noch befristetes Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche,
- ◆ eine stärkere Bekämpfung von Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit und
- ◆ die Verhinderung des Doppelbezuges von Kindergeld.

Der Anteil der Leistungsbezieher aus Südosteuropa (insbesondere Bulgarien und Rumänien) ist weiterhin überdurchschnittlich hoch. In vielen Stadtteilen herrschen noch immer schwierige Verhältnisse.

Die jüngsten Entscheidungen des Bundessozialgerichts führen zu einer zusätzlichen Verschärfung. Jedem EU-Ausländer steht demnach spätestens nach sechs Monaten Aufenthalt in Deutschland ein Anspruch auf Sozialhilfe zu. Der Wille und das Gestaltungsrecht des Gesetzgebers wurden missachtet. Der ausdrückliche Ausschluss von Erwerbsfähigen aus dem Sozialhilferecht wurde ignoriert und darüber hinaus die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs unterlaufen. Der bestehende Schutz vor einer Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme ist damit ausgehebelt.

Für uns ist das nicht hinnehmbar. Wir fordern daher, dass

- ◆ ein Missbrauch der Freizügigkeitsrechte bei fehlendem Willen zur Erwerbstätigkeit verhindert wird,
- ◆ der Anspruch auf Sozialleistungen für mindestens zwölf Monate ausgeschlossen wird und
- ◆ die Grundsicherung in diesen Fällen weiterhin über den Herkunftsstaat erfolgt.

Wir begrüßen es, dass die Bundesarbeitsministerin unseren Bedenken folgt und gesetzliche Änderungen angekündigt hat, um so den Sozialhilfeanspruch von EU-Ausländern zu beschränken. Nun muss sie die Ankündigung auch zügig und konsequent umsetzen. Darauf bestehen wir.

Darüber hinaus müssen auch solche (Familien-)Leistungen, die nicht an eine Erwerbstätigkeit geknüpft sind, auf den Prüfstand. Hierzu bedarf es u.a. dringend einer Anpassung des Kindergeldbezuges an die Lebenshaltungskosten am Wohnort des Kindes. Auch im Unterhaltsrecht gibt es bereits eine Abstufung nach den Lebenshaltungskosten am ständigen Wohnort. Sie wäre die beste Lösung, um Fehlanreize und Missbrauch zu verhindern.

Wir stehen zur Freizügigkeit in der EU, aber wir dulden nicht ihren Missbrauch!





# Beschluss: Mehr Verantwortung – Bundeswehr stärken

Die Welt ist in den letzten zwei Jahren ein Stück weit aus den Fugen geraten – internationale Krisen und Konflikte haben ein seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr gekanntes Ausmaß erreicht. Mit Blick darauf hat die Bundesregierung auch die äußere Sicherheit wieder verstärkt in den Fokus genommen. Für die Bundeswehr bedeutet das eine zwingend notwendige Erhöhung der materiellen und personellen Einsatzbereitschaft. Deshalb muss 2016 für die Bundeswehr das Jahr der Entscheidungen werden.

Spätestens seit dem Beginn der Flüchtlingskrise dürfte jedem klar sein, dass Deutschland und Europa Risiken und Bedrohungen im Sinne der vernetzten Sicherheit dort begegnen müssen, wo diese entstehen. Daher trägt die CSU-Landesgruppe das verstärkte Engagement in Syrien, Afghanistan, Mali oder im Nordirak im Kampf gegen den Terrorismus mit. Zukünftig muss noch viel stärker als bisher die politische, diplomatische und entwicklungspolitische Prävention zur Verhinderung der Entstehung und Ausbreitung von Konflikten genutzt werden. Dies erfordert insbesondere auf der EU-Ebene weitaus bessere gemeinsame Aufklärung und Auswertung von sicherheitsrelevanten Erkenntnissen.

Darüber hinaus brauchen wir die Fähigkeiten der Bundeswehr auch weiterhin für Katastrophen- und Amtshilfeinsätze im Inland, beispielsweise zur Versorgung von Flüchtlingen oder bei Überschwemmungen.

Die CSU ist die Partei der Bundeswehr, deshalb ist die CSU-Landesgruppe davon überzeugt, dass eine der Größe und Wirtschaftskraft Deutschlands entsprechende stärkere Übernahme von Verantwortung in unseren internationalen Bündnissen notwendig ist.

Diese umfassenden sicherheitspolitischen Aufgaben können nur von einer dafür technisch und auch personell voll einsatzfähigen Bundeswehr sichergestellt werden.

Die von uns zu Beginn der Legislaturperiode geforderte Trendwende für eine finanziell bessere Ausstattung der Bundeswehr ist bereits eingeleitet worden. Der Zuwachs im Verteidigungsetat wird allerdings in der Hauptsache durch Steigerungen der Betriebskosten für Personal, Rüstungsgüter und die Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung aufgebraucht. Daher müssen zusätzliche Mittel für den Einzelplan 14 eingeplant werden. Nur so ist es Deutschland auch möglich, seine Zusagen während des NATO Gipfels von Wales glaubhaft zu unterlegen.

Das von der CSU-Landesgruppe eingeforderte neue Weißbuch befindet sich auf einem guten Weg und soll Mitte 2016 im Kabinett beschlossen werden. Das Weißbuch dient als wichtige Grundlage für die strategische Ausrichtung Deutschlands und reflektiert seine wertegeleitete Sicherheits- sowie Friedenspolitik.

Insgesamt ist das Bundesministerium der Verteidigung auf dem richtigen Kurs. Die Maßnahmen zur Stärkung der Bundeswehr in der Gesellschaft, aber auch die stärkere Verlässlichkeit und Kooperation in der internationalen Sicherheitsarchitektur sind Beispiele dafür. Mit den Agenden Attraktivität und Rüstung wurden zwei wichtige Handlungsfelder angepackt, welche jedoch noch an Wirksamkeit zulegen müssen. Im Personal- und Beschaffungswesen wurde eine völlig neue Qualität der Transparenz eingeführt, die das Problembewusstsein auf Seiten des Parlaments, der Industrie und der Bundeswehr selbst stärkt und schärft. Daraus müssen noch in dieser Legislatur die richtigen Schlüsse gezogen und Entscheidungen getroffen werden.

Mehr Engagement hat weitreichende Konsequenzen für Umfang und Ausstattung der Bundeswehr. Die Soldatinnen und Soldaten, aber auch die zivilen Beschäftigten der Bundeswehr müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen alles an notwendigen Mitteln zur Verfügung gestellt wird, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Ausbildung und Ausstattung sind und bleiben Kern von einsatzbereiten Streitkräften. In diesem Zusammenhang fordern wir:

## Bundeswehr personell besser ausstatten

Aufgrund der sicherheitspolitischen Lageveränderung, zunehmender internationaler Verpflichtungen und der Veränderungen beim Arbeitsschutz ist die Bundeswehr personell stark unter Druck und verfügt über kaum noch Reserven.



- ◆ Die neuen und zusätzlichen Anforderungen an die Bundeswehr können nur mit mehr zivilem Personal und mehr Soldaten erfüllt werden. Hierfür muss der Personalklarstand deutlich verbessert und die Personalobergrenze flexibilisiert werden.
- ◆ Nicht zuletzt wird die Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie aufzeigen, an welchen Stellen der notwendigen Bundeswehrreform von 2011 noch Nachsteuerungsbedarf besteht und zusätzlicher Personalaufwand notwendig ist.
- ◆ Der Einsatz der Bundeswehr im Zuge der Flüchtlingshilfe führt die Truppe an eine zusätzliche personelle Belastungsgrenze. Diese wichtige Amtshilfe darf aber nicht auf Dauer angelegt sein, die Bundeswehr muss sich mittelfristig wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.
- ◆ Dem sich bereits abzeichnenden Mangel in einigen Spezialverwendungen kann mit Sonderanreizen bzw. eigenen Aufstiegs- und Karrierelaufbahnen entgegen gewirkt werden.

## Finanzielle und materielle Ausrüstung der Bundeswehr verbessern

Die aufgrund von Sparauflagen und zusätzlichen Aufgaben entstandenen materiellen Lücken müssen schnellstmöglich geschlossen werden.

- ◆ Die ausreichende Bevorratung und Bereitstellung von Ersatzteilen, Waffen und Munition muss noch in dieser Legislaturperiode eingeleitet und vertraglich verankert werden.
- ◆ Die Entwicklung und Beschaffung von ferngelenkten bewaffnungsfähigen Luftfahrzeugen muss deutlich beschleunigt werden. Bis dahin sind nicht nur für bevorstehende Einsätze wie z.B. in Mali erweiterte Aufklärungsfähigkeiten dringend notwendig. Sie sollten durch Prüfung der Nutzung vorhandener Potentiale (z.B. Eurohawk Full Scale Demonstrator) oder im Wege des Leasings von Drohnen kurzfristig realisiert werden.
- ◆ Die Lieferung von Fahrzeugen, Waffen und Munition an die Peschmerga in den Nordirak aus Bundeswehrbeständen war eine richtige Entscheidung. Das abgegebene Material, insbesondere die Panzerabwehrraketen Milan, muss umgehend ersetzt oder eine entsprechende Fähigkeit der Truppe wieder zur Verfügung gestellt werden. Die hierfür benötigten Mittel dürfen nicht den Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums zusätzlich belasten.

## Einsatzfähigkeit beginnt mit Ausbildung und Übung zu Hause

Ausbildungs- und Übungstätigkeit sind elementar für erfolgreiche Einsätze und leisten gleichermaßen einen wesentlichen Beitrag zur Abschreckung außerhalb des Bündnisses. Dauerhafte Einsätze wie beispielsweise die Luftraumüberwachung im Baltikum untermauern zusätzlich die Glaubwürdigkeit unserer Verantwortung im Bündnis und stärken den europäischen wie transatlantischen Zusammenhalt.

- ◆ Alle für die NATO sowie EU bestimmten Verbände der Bundeswehr sollten künftig bereits im Grundbetrieb mit dem entsprechenden Gerät vollständig ausgerüstet werden.
- ◆ Auch größere zeitliche Ressourcen sind für die Ausbildungs- und Übungstätigkeit zur Verfügung zu stellen.

## Engagement im Bündnis

Das stärkere außen-, entwicklungs- und verteidigungspolitische Engagement der Bundesregierung ist zu begrüßen. Wer aber Lasten und Verantwortung übernimmt, sollte im Rahmen der Bündnispolitik die Sicherheitspolitik aktiv gestalten. Mit Blick auf den NATO-Gipfel in Warschau im Frühsommer 2016 können dabei von Deutschland wichtige sicherheitspolitische Impulse ausgehen:

- ◆ Im Rahmen der NATO müssen die bereits begonnenen militärischen Kooperationen mit verschiedenen Partnernationen weiter vorangetrieben werden, um letztlich die notwendige militärische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu intensivieren. Dazu gehört eine Wiederbelebung des Konzepts struktureller Zusammenarbeit („Pooling and Sharing“, Konzept der rahmengebundenen Nation) in Ausbildung und Fähigkeiten mit Bündnispartnern.
- ◆ Nach den jüngsten Terroranschlägen muss Europa jetzt zusammenstehen und mutig den Weg in eine Europäische Verteidigungsunion gehen. Militärische Stärke muss sichtbar sein. Dabei kann eine Europäische Armee – als starker europäischer Pfeiler in der NATO – das langfristige Ziel der Entwicklung sein.

## Nationales Sicherheitskonzept und Einsatz im Inneren

Die CSU-Landesgruppe setzt sich für die Erarbeitung eines nationalen Sicherheitskonzeptes ein, das sowohl die innere wie auch die äußere Sicherheit umfasst.

- ◆ Mit einem nationalen Sicherheitskonzept können bei Großschadensereignissen oder Terroranschlägen alle Sicherheits- und Hilfsbehörden/-Organisationen zielgerichtet geführt und innerhalb Deutschlands koordiniert eingesetzt werden.
- ◆ Grundsätzlich muss der Einsatz der Bundeswehr im Inneren möglich sein und deshalb eine entsprechende Grundgesetzänderung ins Auge gefasst werden. Die Bundeswehr hat sich in ihren 60 Jahren als stabile und demokratische Institution unseres Landes bewährt. Historisch bedingte Vorbehalte gegen dieses Konzept sind angesichts dessen völlig unberechtigt.

# 40 Jahre Klausurtagungen in Wildbad Kreuth – Ein historischer Rückblick

Wildbad Kreuth ist ein besonderer Ort für die CSU und ihre Landesgruppe im Deutschen Bundestag – hier wurden viele grundlegende Weichenstellungen der deutschen Politik diskutiert und vorbereitet. Es ist auch ein mythischer Ort: Der Legende nach soll sich ein angeschossener Hirsch hierher geflüchtet haben und in einer Quelle seine Verwundung gekühlt und geheilt haben. Die heilende Wirkung dieses schwefelhaltigen Wassers nimmt Abt Heinrich V. von Tegernsee 1511 zum Anlass, ein Badhaus zu errichten. 400 Jahre später kauft König Maximilian I. dieses Badhaus und lässt es umbauen. Seitdem ist es ein beliebtes Bade- und Kurhaus und wird in den 1950er Jahren zum Sanatorium umgebaut. 1973 schließen das Sanatorium und Kurhaus. 1975 eröffnet die Hanns-Seidel-Stiftung das Bildungszentrum Wildbad Kreuth, um interessierten Bürgern politisch-wissenschaftliche Bildung zu vermitteln. Schon im folgenden Jahr finden hier die Klausurtagungen der CSU-Landesgruppe statt.

Die erste Klausurtagung im November **1976** startet gleich mit einem Paukenschlag: Auf Antrag des Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß wird die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU nicht erneuert. Trotz des hervorragenden Ergebnisses der Union bei der Bundestagswahl mit 48,6 Prozent der Stimmen können SPD und FDP mit einer knappen Mehrheit weiterregieren. Dies führt in Kreuth zu der strategischen Überlegung, die Basis der Union zu verbreitern, die Opposition zu stärken und damit den Weg zur Rückgewinnung der Mehrheit in Bonn zu ebnen. Richard Stücklen übergibt den Landesgruppenvorsitz an Friedrich Zimmermann. Nach kontroversen parteiinternen Diskussionen kommt es in den folgenden Wochen zu harten Verhandlungen mit der CDU – am 12. Dezember wird die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft erreicht, die im Kern eine Stärkung der Landesgruppe bedeutet.

Nachdem **1982** Helmut Kohl durch das erste erfolgreiche konstruktive Miss-



trauensvotum Bundeskanzler wird und das Bundeskabinett neu ernannt, stellt die CSU vier Bundesminister. Theo Waigel löst Zimmermann als Landesgruppenvorsitzenden ab. Waigel begrüßt die Journalisten Anfang 1983 in Kreuth mit dem bis heute gültigen Satz: „Das politische neue Jahr beginnt ja erst mit der Klausurtagung in Kreuth“.

**1988** ist Henry Kissinger zu Gast in Kreuth und kritisiert die atomaren Abrüstungspläne. Nach dem Tod von Franz Josef Strauß am 3. Oktober übernimmt Theo Waigel den CSU-Parteivorsitz. Den Landesgruppenvorsitz gibt er an Wolfgang Bötsch ab. 1989 kommt der Schriftsteller Martin Walser nach Kreuth. Mit ihm sprechen die Abgeordneten über einen möglichen Fall der Mauer – nicht wirklich glaubend, dass dies bereits zehn Monate später zur freudigen Realität wird.

**1990** ist Kreuth nur Durchgangsstation, weiter geht es mit einem Besuch am 12. und 13. Januar in Leipzig. Hier trifft

die Landesgruppe auf Bürgerrechtler und Systemgegner und ermutigt diese, sich zusammenzuschließen. Wenige Tage später geht daraus die Deutsche Soziale Union (DSU) hervor. Bei den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März erringt die „Allianz für Deutschland“, zu der auch die DSU gehört, mit 48 Prozent die Mehrheit. Am 3. Oktober wird die Deutsche Einheit vollendet.

**1992** besucht erneut ein amerikanischer Politiker Kreuth – US-Verteidigungsminister Dick Cheney. Er hält die Beteiligung von deutschen Soldaten an UN-Blauhelmissionen für möglich. Die Landesgruppe verabschiedete ein Thesenpapier zur deutschen Außenpolitik. Im gleichen Jahr beschließt die Regierungskoalition einen Gesetzentwurf zur Einführung einer sozialen Pflegeversicherung. Diese fünfte Säule der sozialen Sicherung geht auf jahrelange Vorarbeiten der CSU-Landesgruppe zurück. Anfang Dezember gelingt es zudem, eine Neuordnung des Asylrechts durchzusetzen. Die zuneh-



mende Zahl von Asylbewerbern drohte insbesondere die Kommunen zu überfordern und den inneren Frieden in Deutschland zu gefährden. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Wolfgang Bötsch, hat diesen Erfolg zuletzt in zähen tagelangen Schlussverhandlungen mit der SPD-Opposition mit durchgesetzt. Das neue Asylrecht erweist sich als wirkungsvoll, die Zahl der Asylbewerber geht deutlich zurück.

**1993** löst Michael Glos Wolfgang Bötsch als Landesgruppenvorsitzenden ab, der Bundespostminister wird. Deutsche Soldaten beteiligen sich erstmals an friedensschaffenden Einsätzen außerhalb des NATO-Gebiets. Die CSU-Landesgruppe hält solche Einsätze für zulässig. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt 1994 diese Einschätzung weitgehend.

**1994** kommt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Roman Herzog nach Kreuth. Als Wunschkandidat der CSU werden die Weichen für seine No-

minierung und Wahl zum Bundespräsidenten am 23. Mai gestellt. Die CDU unterstützt die Wahl. Damit hat zum ersten Mal ein Bayer das höchste Staatsamt der Bundesrepublik Deutschland inne.

Hauptthema des Jahres **1996** ist die Stabilität des Euro. Ministerpräsident Edmund Stoiber ist skeptisch, ob der Euro so stabil wie die D-Mark wird. Er fordert, Kriterien festzulegen, die die Stabilität sichern. Im Dezember gelingt es Finanzminister Theo Waigel, in einem ergänzenden Stabilitätspakt die Teilnehmerländer der Europäischen Währungsunion dauerhaft auf strikte Einhaltung der Stabilitätskriterien zu verpflichten. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank orientiert sich an der deutschen Bundesbank.

**1999** feiert die CSU-Landesgruppe ihr 50-jähriges Bestehen. Landesgruppenchef Glos erwartet mit der Unterschriftenaktion „Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit“ ein Ende der Diskussion über die doppelte



Staatsangehörigkeit. Die Unterschriftenaktion findet bei der Bevölkerung breite Unterstützung und wird zum Erfolg: SPD und Grüne werden gezwungen, ihre ursprünglichen Pläne einer generellen doppelten Staatsbürgerschaft abzuändern.

Ein Jahr später, im Jahr **2000**, leidet die CDU unter der Spendenaffaire und der Frage, wie man mit Altkanzler Helmut Kohl umgeht. Die CSU erweist sich als Stabilitätsanker in der Union. Gäste in Kreuth sind Volker Rühle und Jürgen Rüttgers als Spitzenkandidaten der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Im Zentrum steht die Steuerpolitik der Rot-Grünen Koalition: Die CSU-Landesgruppe präsentiert ein eigenes Steuerreformkonzept, in dessen Zentrum eine Entlastung um 50 Milliarden Euro steht. Der Spitzensteuersatz soll lediglich 40 und der Eingangssatz 15 Prozent betragen.

Nach dem Sieg der Unionsfraktion bei den Bundestagswahlen **2005** wählt

die CSU-Landesgruppe ihren Parlamentarischen Geschäftsführer Peter Ramsauer zum Vorsitzenden. Er wird Nachfolger von Michael Glos, der in das Bundeskabinett als Bundesminister für Wirtschaft und Technologie wechselt. Neben Glos gehört Horst Seehofer als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz dem neuen Bundeskabinett an.

**2007** erklärt Edmund Stoiber seinen Verzicht auf die Ämter des CSU-Parteivorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten ab Herbst 2007. Die Beratung politischer Konzepte aus der und für die Mitte der Gesellschaft steht im Mittelpunkt der Jahresauftaktklausur **2008**. Handlungsbedarf sieht die CSU-Landesgruppe beim Thema Jugendkriminalität sowie der Steuerpolitik und fordert Entlastungen bei der Einkommen- und Lohnsteuer.

Nach den Bundestagswahlen **2009** löst eine Regierung aus CDU/CSU und



FDP unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel die Große Koalition ab. Die CSU stellt mit Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und Verkehrsminister Peter Ramsauer drei Bundesminister. Hans-Peter Friedrich wird CSU-Landesgruppenvorsitzender als Nachfolger von Peter Ramsauer.

Im März **2011** tritt Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg von allen politischen Ämtern zurück. Im Zuge der Kabinettsumbildung beruft Bundeskanzlerin Angela Merkel den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe Hans-Peter Friedrich zum Innenminister. Daraufhin wählt die CSU-Landesgruppe die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Gerda Hasselfeldt zu ihrer Vorsitzenden.

**2012** geht es in Kreuth um neue Regeln und Grenzen für eine Stabilitätsunion in Europa, den Kampf gegen den Rechtsextremismus, die Stärkung des Industriestandortes Deutschland, die Sicherung

der mittelständischen Kreditversorgung sowie arbeits- und sozialpolitische Themen. Auch in der konkreten Ausgestaltung des Betreuungsgeldes beschließt die Landesgruppe Eckpfeiler.

Prominente Gäste Anfang **2013** sind der Premierminister von Irland, Enda Kenny, und Kardinal Reinhard Marx. Die Energiepolitik steht ganz oben auf der Agenda – es geht um eine stabile Energieversorgung, die gleichzeitig bezahlbar bleiben soll. Mit dem in Kreuth beschlossenen Fünf-Punkte-Programm soll die ärztliche Versorgung der Menschen auf dem Land gesichert werden. Die CSU gewinnt bei der Bundestagswahl alle 45 Direktmandate, es ziehen 56 Abgeordnete in den Bundestag ein. Die Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel wird erneut von einer Großen Koalition gebildet – die CSU stellt weiterhin drei Bundesminister.

Zu Beginn der neuen Wahlperiode legt die CSU-Landesgruppe **2014** in Wildbad Kreuth die Grundlagen für ihre Ar-





beit in der Großen Koalition. Ein zentrales Thema ist die Politik für die Kommunen. Hierzu zählen auch Vorschläge, den Missbrauch der Freizügigkeit in der EU zu bekämpfen – besonders dann, wenn er ausschließlich der Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme dient. Weitere Themen sind die Rente und der Mindestlohn sowie der Schutz vor Zwangsprostitution. Auch werden Beschlüsse zur Innovationsförderung, Energiepolitik, dem Breitbandausbau sowie der Europapolitik gefasst. Einen großen politischen Erfolg verbucht die CSU-Landesgruppe mit der Einführung der Mütterrente.

Die Außenpolitik steht im Mittelpunkt der Klausurtagung **2015**. Im Schatten der Ukraine-Krise sind der Nato-Generalsekretär, Jens Stoltenberg, und der ukrainische Außenminister, Pawlo Klimkin, nach Kreuth gekommen. Denn die Ukraine-Krise ist eine der außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen 2015. Aber auch die Asylpolitik steht Anfang 2015 bereits auf der Agenda der

Klausurtagung. Für die CSU-Landesgruppe ist klar, dass Solidarität nicht nur nach innen gelten darf, sondern auch nach außen gelten muss. Sie fordert eine ausgewogene Politik: Solidarität und Sensibilität mit denjenigen, die Hilfe benötigen sowie zugleich eine schnellere Abschiebung bei unbegründeten Asylanträgen. Diese Forderungen werden Anfang des Jahres noch vielfach kritisiert, fließen aber angesichts der immer größer werdenden Flüchtlingsströme in das im September beschlossene Asylpaket ein.



# Die 56 CSU-Abgeordneten der 18. Wahlperiode

Albsteiger, Katrin (Burlafingen, Schwaben)  
Auernhammer, Artur (Weißenburg i.B., Mittelfranken)  
Bär, Dorothee (Wahlkreis Bad Kissingen)  
Brandl, Dr. Reinhard (Wahlkreis Ingolstadt)  
Dobrindt, Alexander (Wahlkreis Weilheim)  
Durz, Hansjörg (Wahlkreis Augsburg-Land)  
Eberl, Iris (Aichach, Schwaben)  
Fabritius, Dr. Bernd (München, Oberbayern)  
Freudenstein, Dr. Astrid (Regensburg, Oberpfalz)  
Friedrich, Dr. Hans-Peter (Wahlkreis Hof)  
Frieser, Michael (Wahlkreis Nürnberg-Süd)  
Göppel, Josef (Wahlkreis Ansbach)  
Hahn, Florian (Wahlkreis München-Land)  
Hasselfeldt, Gerda (Wahlkreis Fürstenfeldbruck)  
Hoffmann, Alexander (Wahlkreis Main-Spessart)  
Holmeier, Karl (Wahlkreis Schwandorf)  
Irlstorfer, Erich (Wahlkreis Freising)  
Kalb, Bartholomäus (Wahlkreis Deggendorf)  
Karl, Alois (Wahlkreis Amberg)  
Koschyk, Hartmut (Wahlkreis Bayreuth)  
Lange, Ulrich (Wahlkreis Donau-Ries)  
Lanzinger, Barbara (Amberg, Oberpfalz)  
Launert, Silke (Hof, Oberfranken)  
Lehrieder, Paul (Wahlkreis Würzburg)  
Lenz, Dr. Andreas (Wahlkreis Erding-Ebersberg)  
Lerchenfeld, Philipp Graf von und zu (Wahlkreis Regensburg)  
Lindholz, Andrea (Wahlkreis Aschaffenburg)  
Ludwig, Daniela (Wahlkreis Rosenheim)  
Mayer, Stephan (Wahlkreis Altötting)  
Meier, Reiner (Tirschenreuth, Oberpfalz)  
Michelbach, Dr. h.c. Hans (Wahlkreis Coburg)  
Mortler, Marlene (Wahlkreis Roth)  
Müller, Dr. Gerd (Wahlkreis Oberallgäu)  
Müller, Stefan (Wahlkreis Erlangen)  
Nüßlein, Dr. Georg (Wahlkreis Neu-Ulm)  
Obermeier, Julia (München)  
Oßner, Florian (Wahlkreis Landshut)  
Radwan, Alexander (Wahlkreis Starnberg)  
Rainer, Alois (Wahlkreis Straubing)  
Ramsauer, Dr. Peter (Wahlkreis Traunstein)  
Rupprecht, Albert (Wahlkreis Weiden)  
Scheuer, Andreas (Wahlkreis Passau)  
Schmidt, Christian (Wahlkreis Fürth)  
Silberhorn, Thomas (Wahlkreis Bamberg)  
Singhammer, Johannes (Wahlkreis München-Nord)  
Stefinger, Dr. Wolfgang (Wahlkreis München-Ost)  
Stracke, Stephan (Wahlkreis Ostallgäu)  
Straubinger, Max (Wahlkreis Rottal-Inn)  
Strebl, Matthäus (Dingolfing, Niederbayern)  
Uhl, Dr. Hans-Peter (Wahlkreis München-West/Mitte)  
Ullrich, Dr. Volker (Wahlkreis Augsburg-Stadt)  
Weisgerber, Dr. Anja (Wahlkreis Schweinfurt)  
Wöhrl, Dagmar (Wahlkreis Nürnberg-Nord)  
Zech, Tobias (Garching a.d.Alz, Oberbayern)  
Zeulner, Emmi (Wahlkreis Kulmbach)  
Zollner, Gudrun (Wallersdorf, Niederbayern)



# Impressum

## Herausgeber

CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
Max Straubinger MdB

## V.i.S.d.P.

Dr. Anne Deter

## Redaktion

Christina Harbusch

## Layout

Christiane Bruns

## Druck

Ruksaldruck GmbH + Co. KG

## Bildnachweise

Joerg Koch (18); CSU-Landesgruppe (15);  
picture alliance (pa)/dpa (6); pa/ZB (3);  
pa/jochen eckel (1); pa/citypress 24 (1);  
pa/bildagentur online (1); pa/sven simon (1);  
pa/davor javorovic (1); pa/Ursula Düren (1);  
CDU Baden-Württemberg (1); Winfried  
Rabanus/ACSP (1); Frank Ossenbrink (1);  
Henning Schacht (1)

Die Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

## Stand

Februar 2016

Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons Licence veröffentlicht. Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

## Keine kommerzielle Nutzung

Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

## Keine Bearbeitung

Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

## Kontakt

CSU-Landesgruppe  
im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin  
T 030 227-51999

csu-landesgruppe@cducsu.de